

Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

4. Sitzung vom 31. Mai 2010 • von 19.00 bis 22.25 Uhr • Casino Wohlen

Vorsitz: Arsène Perroud, Präsident

Protokollführung: Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.

Präsenz:

Einwohnerrat	
Mitglieder des Einwohnerrates:	37
Absolutes Mehr:	19
Zweidrittelsmehr:	26

Gemeinderat
Walter Dubler, Gemeindeammann
Matthias Jauslin, Vizeammann
Toni Schürmann, Gemeinderat
Paul Huwiler, Gemeinderat
Urs Kuhn, Gemeinderat
Bruno Breitschmid, Gemeinderat
Ruedi Donat, Gemeinderat

Weitere Anwesende
Franco Corsiglia, Präsident Schulpflege
Ernesto Hitz, Schulverwalter
Marcel Wegmann, Bauverwalter
Rolf Stadler, Präsident Schulleitungskonferenz
Peter Donat, Friedhofsgärtner

Entschuldigungen
Roger Isler, CVP
Beat Wüthrich, Grüne
Kurt Neeser, FDP
Tomi Schmid, Freis Wohle (ab 19.20 Uhr anwesend)

Traktanden:

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Kenntnisnahme Jahresbericht 2008/2009 der Schule Wohlen (11192)
3. Bericht und Antrag 12005 Genehmigung eines Baukredites von CHF 480'000.00 für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
4. 2. Anfrage 12002 betreffend Geschenkkzahlungen
5. Anfrage 12003 Regionale Staatsanwaltschaften nach Wohlen
6. Motion 12004 Standortförderung – Abschaffung der Ausnutzungsziffer in der Kernzone von Wohlen
7. Anfrage 12006 betreffend „Sicherheit am Bahnhof“
8. Motion 12007 Minergiegebäude auf Gemeindeland
9. Motion 12009 für ein Jubiläumsfest „100 Jahre Zusammenschluss Wohlen und Anglikon“

Perroud Arsène, Präsident: Begrüssst die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Arsène Perroud, Präsident: Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 15. März 2010 zu verzeichnen:

- Protokoll der Sitzung vom 15. März 2010
- Antwort zur 2. Anfrage 12002 betreffend Geschenkkzahlungen
- Einladung zur Sitzung des Einwohnerrates Wohlen vom 31. Mai 2010
- Antwort zur Anfrage 12003 Regionale Staatsanwaltschaften nach Wohlen
- Bericht und Antrag 12005 Genehmigung eines Baukredites von CHF 480'000.00 für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
- Antwort zur Anfrage 12006 betreffend „Sicherheit am Bahnhof“
- Motion 12007 Minergiegebäude auf Gemeindeland
- Anfrage 12008 betreffend Legislaturprogramm
- Motion 12009 für ein Jubiläumsfest „100 Jahre Zusammenschluss Wohlen mit Anglikon“
- Einladung zur Einwohnerratssitzung vom 21. Juni 2010
- Dringliche Anfrage 12010 betreffend Erschliessung Quartier Rebberg (liegt auf)

Perroud Arsène, Präsident: Seit 1. Mai 2010 herrscht im Kanton Aargau Rauchverbot in öffentlichen Räumen. Somit ist auch im Casino Rauchverbot und ich möchte Euch bitten, entweder auf dem Balkon links von mir her gesehen oder vor dem Casino zu rauchen. Im Vorraum, im Foyer und im Eingangsbereich gilt Rauchverbot.

Fraktionserklärung CVP

Wille Franz, CVP: Vorletzte Woche erschienen Berichte in der Presse, in denen zu lesen war, dass sich die Standortsuche der Integra für einen Neubau nicht so entwickelt, wie dies erhofft wurde. Der Gemeinderat habe auf die Anfrage für Teile des Merkurareals abschlägig geantwortet und bei weiteren Möglichkeiten zeichne sich keine Lösung ab. Es wurde in Aussicht gestellt, dass eventuell an Stelle eines Neubaus in Wohlen in die Nachbargemeinden ausgewichen werden müsse. Unterschwellig blieb der Eindruck haften, dass die Integra sich vom Gemeinderat zu wenig unterstützt fühle.

So weit zusammengefasst und der Zeitung entnommen die Sicht der Integra, der einen Seite, also die halbe Wahrheit. Gerne hätten wir auch die Sicht der anderen Seite gehört, die des Gemeinderates. Es ist uns in der Zwischenzeit bekannt geworden, dass sich die Gemeinde schon aktiv um weitere Lösungen bemüht haben soll. Eine öffentliche Stellungnahme des Gemeinderates blieb aber bisher aus.

Dies beschäftigt und beunruhigt die CVP-Fraktion. Dazu zwei Feststellungen:

1.: Die Integra ist eine der grossen Sozial-Institutionen im Freiamt, die wertvolle und segensreiche Arbeit im Dienste der Behinderten erbringt. Sie ist auf dem Platze Wohlen entstanden und ist organisch zur heutigen Grösse gewachsen. Immer wieder haben die Gemeinde und die Bevölkerung von Wohlen und Umgebung ihre Verbundenheit mit der Integra tatkräftig bewiesen. Die Integra gehört zu uns. Sie ist eine Institution, welche den Ruf von Wohlen positiv beeinflusst. Sie ist mit etwa 300 Arbeitsplätzen auch ein bedeutender Arbeitgeber, nicht

nur für die betreuten Mitmenschen, sondern auch für viele weitere Personen. Das alles heisst für die CVP: Die Integra muss in Wohlen bleiben.

2.: Verhandlungen von Institutionen mit Behörden müssen vom beidseitigen Willen getragen sein, dass eine für beide Seiten optimale Lösung gefunden werden soll. Voraussetzungen sind gegenseitiges Vertrauen und Offenheit. Faire Verhandlungen und Vermittlungsbemühungen mit weiteren Landeigentümern, die ein positives Resultat ergeben sollen, sind mit Vorteil unter den Beteiligten und ohne Druck von aussen zu führen. Die CVP-Fraktion ruft die Verantwortlichen der Integra und den Gemeinderat dazu auf, die Verhandlungen für eine Standortsicherung in Wohlen, die zonenkonform ist, unvoreingenommen, mit der nötigen Geduld und ohne Zeitdruck weiterzuführen, bis konkrete Resultate vorliegen. Die CVP-Fraktion ist davon überzeugt, dass auch der Einwohnerrat eine ausgereifte Lösung mittragen wird, wenn die Zeit dafür reif ist.

Diese Fraktionserklärung ist einstimmig, aber ohne Mitwirkung unserer Fraktionspräsidentin Ariane Gregor zustande gekommen.

Dringliche Anfrage 12010 betreffend Erschliessung Quartier Rebberg

Perroud Arsène, Präsident: Der Gemeinderat und das Einwohnerratsbüro wären Ihnen sehr dankbar, wenn dringliche Anfragen oder dringliche Motionen früher bei uns eintreffen würden. Diese Anfrage ist heute kurz vor 14.00 Uhr bei uns eingegangen. Das ist relativ knapp, um das Ganze seriös bearbeiten zu können.

Breitschmid Tobias, SVP: Die Fragen betreffen das Abstimmungswochenende, das in knapp zwei Wochen stattfinden wird. Da geht es unter anderem auch um die Erschliessung Quartier Rebberg. Wir von der SVP Wohlen-Anglikon sind klar der Meinung, dass auch das Stimmvolk die Antworten kennen muss. Aus diesem Grunde möchten wir diese dringliche Anfrage heute einleiten und ich danke Euch allen für Eure Unterstützung.

Dubler Walter, Gemeindeamman: §44 des Geschäftsreglementes des Einwohnerrates hält fest, dass, wenn jemand einen Antrag auf Dringlichkeitserklärung stellen will, er den Gemeinderat vorgängig rechtzeitig orientieren soll, so dass der Gemeinderat in der Lage ist, wenigstens eine summarische Stellungnahme abgeben zu können. Der Einwohnerratspräsident hat bereits erwähnt, dass es zeitlich sehr knapp ist. Wie immer wenn etwas von der SVP kommt, legen wir alles beiseite und nehmen uns dem neusten Anliegen an. Das haben wir in diesem Sinne auch heute gemacht. Wir bitten um Verständnis, wenn gewisse andere Geschäfte deshalb nicht so schnell abgewickelt werden können, wie wir uns das wünschen. Der Gemeinderat hat die Antworten beraten. Wir sind in der Lage, die Fragen zu beantworten. Wir bitten den Einwohnerrat, die Dringlichkeit zu beschliessen.

Abstimmung Dringlichkeit

Die Dringlichkeit wird mit 36 Ja-Stimmen bei keinen Nein-Stimmen und keinen Enthaltungen beschlossen.

Das Geschäft wird im Anschluss an das Traktandum 3 behandelt.

Manimanakis Corinne, GPK: Ich möchte auch Franco Corsiglia, Ernesto Hitz und Rolf Stadler herzlich im Saal begrüßen.

Wenn man den Schulbericht liest, muss es einem bewusst sein, dass dies ein Stück Geschichtsschreibung ist. Ein Bericht, der aufzeigt, was im vergangenen Schuljahr zu bewältigen war, was erlebt wurde und mit welchen Problemen im Schulwesen tagtäglich gekämpft werden. Im Bericht wird einem bald klar, dass der Schulbetrieb von Wohlen ein riesiger Apparat ist. Man findet viele Tabellen von Lehrern, viele davon auch als Jubilaren geehrt. Weiter ist zu jedem der drei Schulzentren ein Beschrieb vorhanden. Jedes zeigt dabei seinen Charakter. Von den Kindergärten über die HPS bis zur Musikschule wird berichtet. Auch eine Liste von Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Jahrgang und Heimatort sind zu finden. Zum Schluss wird im Schulbericht sogar noch eine Statistik/Tabelle präsentiert, wie viele Schüler aus Nachbargemeinden in Wohlen die Schulbank drücken. Was im Jahresbericht der Schule alles enthalten sein soll, ist je nach Empfinden unterschiedlich. Klar ist auf jeden Fall: Schüler, Lehrer, Eltern sowie auch wir Politiker regt er zum Nachdenken und Diskutieren an. Das haben wir in der GPK ausführlich gemacht. Es war etwas schwierig, sich nur an das Vergangene zu halten. Die neusten Ereignisse haben auch ein paar Fragen aufgeworfen. Der Fachbereich „Textiles Werken“ hat der GPK im Bericht gefehlt. Es sollte in Zukunft unbedingt wieder eingebracht werden. Über die Auswirkungen der Ablehnung des Bildungskleeblattes war auch etwas wenig geschrieben. Das Problem „Lehrermangel“ wurde im Schulbericht leider auch nur am Rande erwähnt. Das findet die GPK nicht gut. Es darf ruhig darüber berichtet werden, wie schwierig es ist, Lehrer zu halten oder auch neue anzuwerben. Wie wir durch Rolf Stadler erfahren konnten, ist es sehr wichtig, dass das Umfeld gut bleibt. Es braucht ständig Verbesserungen, da man mit immer neuen Herausforderungen konfrontiert wird. Die Schule Wohlen ist deshalb in diesem Bereich sehr aktiv. Allen Beteiligten soll an dieser Stelle bereits „Danke“ gesagt werden. Ein Teil der GPK hätte sich zum Fall „hoher Ausländeranteil an der Schule“ mehr Berichterstattung gewünscht. Das ist aber aus Sicht der Schulpflege und der Schulleitung nicht nötig, weil sie laut einer neuen Vision die Schule als Chance zur Heterogenität aufgefasst haben. Zudem wird darauf hingewiesen, dass Probleme bei weitem nicht nur von Schülern ausländischer Herkunft kommen. Dass Problemfälle im Jahresbericht zu wenig erwähnt werden, kam ebenfalls zur Sprache. Wie der Schulpflegepräsident Franco Corsiglia uns versicherte, geht es nicht darum, gewisse Fälle schön zu reden. Aber der Jahresbericht soll nicht dazu dienen, die Schule Wohlen in ein schlechtes Licht zu rücken. Soviel zum Schulbericht Wohlen, der zur Kenntnis genommen werden soll.

Zu den aktuellen Ereignissen nur ganz kurz. Ein Kommunikationskonzept wird an der Schule Wohlen erarbeitet. In naher Zukunft wird es wieder ein Publikumsorgan geben. Es soll sowohl elektronisch wie auch durch Berichte genauer und öfter informiert werden, was im Schulalltag geschieht. Etwas Ähnliches wie der Schulblitz sollte aus der Sicht der GPK unbedingt nochmals geprüft werden. Ein Globalbudget mit Leistungsvereinbarung würde von der Schule Wohlen nach wie vor begrüsst. Es liegt allerdings in den Händen des Gemeinde- und Einwohnerrates, dies in die Wege zu leiten. Die Integrative Schulung scheint für einige Lehrkräfte nicht so leicht umsetzbar zu sein. Das wird noch ein wenig Zeit brauchen. Hingegen hat ein grosser Teil der Kleinklässler, die nun die Realschule besuchen, sich ganz gut integriert. Zum Schluss wurde die GPK informiert, dass die Stellen für die Schulsozialarbeit besetzt werden konnten. Damit kann nun nach den Sommerferien begonnen werden. Der Einwohnerrat wird zu diesem Thema zu einem Infoabend eingeladen. Die GPK bedankt sich bei all den Leuten, die sich dafür einsetzen, dass der Schulbetrieb in Wohlen gut funktioniert.

Durch die externe Evaluation wurde der Schule Wohlen ein gutes Zeugnis ausgestellt. Die Verantwortlichen sind sich bewusst, dass das Schulwesen ein wichtiges Standortkriterium ist. Deshalb sind wir dankbar, dass eine Entwicklung eines Qualitätsleitbildes im Gang ist, um die Qualität der Schule zu sichern und zu steigern. Wir wünschen allen Personen weiterhin viel Kraft und Elan bei dieser Herausforderung. Aus politischer Sicht muss unbedingt weiter vorausgeschaut werden, in welche Richtung sich die Schule entwickeln soll. Auch dem Gemeinderat möchten wir ans Herz legen, die Schulraumplanung möglichst schnell in die Hand zu nehmen und in die Wege zu leiten. Die GPK würde das sehr begrüßen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich danke der GPK-Sprecherin für die wohlwollende Aufnahme dieses Berichtes. Ich bin dazu da, zusammen mit den Verfassern des Berichtes, Franco Coriglia, Rolf Stadler und Ernesto Hitz, Fragen für Sie zu beantworten.

Suter Stefan, SP: Im Namen der SP möchte ich allen am Schulbericht Beteiligten herzlich für die geleistete Arbeit danken. Der Bericht enthält viele Fakten, Zahlen, Statistiken und Berichte rund um das vergangene Schuljahr. Die meisten interessiert aber nur das, was nicht funktioniert. Unter dem Motto „für eine gute Sache einen feuchten Händedruck - für die schlechte Sache verbale Prügel und Leserbriefe“. Dass die Schule nicht einfach ist, wissen wir alle. Für die Zukunft wird erwartet, dass es noch viel schwieriger wird. Es sind Entscheidungen darüber zu treffen, wie die Schule geführt und Strukturen gemacht werden sollen. Das Produkt einer Schule ist kein Produkt der Wirtschaft, wo wir klare Regeln und ein klares Produkt haben, sondern es steht immer noch der Mensch dahinter. Das dürfen wir nie vergessen. Zum Jahresbericht habe ich noch eine persönliche Meinung. Für mich fehlt eindeutig der „Pepp“. Viele Daten, Statistiken, wären auf einer gemeinsamen Plattform aller Schulen besser aufgehoben. Auch könnten viele Informationen den Eltern oder Interessierten besser zugänglich gemacht werden. Von den 61 Seiten wären über 20 Seiten problemlos in einer Homepage zu veröffentlichen. Der Jahresbericht soll nicht kleiner werden, sondern bunter und lebendiger daherkommen. Nicht wie ein Jahresbericht eines Konzerns - statisch und nüchtern. Der Jahresbericht der Schule Wohlen wird von der SP-Fraktion zur Kenntnis genommen.

Duschén Andrea, FDP: Der Jahresbericht der Schule Wohlen wurde wie immer sehr detailliert und umfangreich abgegeben. Einen kritischen Punkt möchte ich kurz erwähnen. Man hört das Jahr hindurch hin und wieder, dass auch an der Schule Wohlen nicht immer alles rund läuft. Das soll aber kein Vorwurf sein, sondern eine Feststellung. In diesem Bericht finden wir keinen Hinweis auf solche Vorfälle. Z.B. sind alle Schulreisen erwähnt. Gehören nicht auch solche Fälle und Probleme, die wir an der Schule haben, in einen Bericht? Es soll ja ein Bericht und keine Werbebroschüre sein. Wir danken allen Beteiligten für die grosse Arbeit, die mit dem Bericht zusammenhängt und nehmen diesen Bericht zur Kenntnis.

Vogt Roland, SVP: Ich erlaube mir, etwas ausführlicher auf den Schulbericht einzugehen, da es einiges gibt, das angesprochen werden muss.

Die Fraktion der SVP Wohlen-Anglikon nimmt den Schulbericht 2008/2009 zur Kenntnis. Glaubt man diesem Bericht, so stellt man fest, dass wir eine gute Schule haben und, abgesehen von einigen „Nebenerscheinungen“, auf dem richtigen Weg sind. Das entspricht leider nicht dem Zustand, den wir in unseren Schulen antreffen. Die Realität sieht anders aus.

Überforderte und gereizte Lehrkräfte, Burnout, Mobbing, Gewalt, Vandalismus und Littering, Lehrermangel und ein hoher Ausländeranteil, um einige Beispiele zu nennen, bestimmen den Alltag an unseren Schulen und werden in diesem Bericht leider zu wenig erwähnt.

Trotz einem deutlichen Abstimmungsergebnis, 4-mal ein klares Nein zum Bildungskleeblatt, hat sich die Schule Wohlen erlaubt, gewisse Bereiche des Kleeblatts einzuführen wie z.B. Frühenglisch, Blockzeiten und die Informatikausbildung und sie setzt sich dafür ein, weitere Bereiche daraus umzusetzen, z.B. Ausdehnung der Primarschule auf 6 Jahre oder die Weiterentwicklung im Bereich der Tagesstrukturen. Die SVP will kein Bildungskleeblatt durch die Hintertüre und es zeigt sich einmal mehr, dass man den Volksentscheid nicht akzeptiert und den Bürger nicht ernst nimmt.

Aus der Sicht der Schulleitungen zeigen sich vor allem zwei Bereiche, welche ihnen grosse Sorgen bereiten. Der fehlende Nachwuchs und die zunehmende Belastung der Lehrpersonen. Eigentlich ein verständliches Phänomen, denn das eine zieht das andere nach. Mit der Einführung von Schulleitungen, schulischer Heilpädagogik, Frühfremdsprachen, der Integration von Lernbehinderten und Massnahmen aufgrund der Heterogenität in den Klassen, haben sich die Rahmenbedingungen der Schulen und ihres Personals stark verändert. Heute braucht es für eine Primarklasse mindestens zwei Lehrpersonen. Früher führte eine Lehrkraft ihre Klasse alleine, zeigte sich engagiert und motiviert und sprach stolz von „meiner Klasse“. „Ich und meine Klasse“ - ist das ein Auslaufmodell, wie es im Vorwort des Schulpflegepräsidenten heisst? Scheinbar ja! Heute heisst es „Wir und unsere Schule“. Was folgt sind höhere Anforderungen, Organisationstalent und Anpassung oder Flexibilität an die Neuerungen in der Schule. Das Resultat ist absehbar. Es folgt eine Überbelastung und eine zusätzliche Verunsicherung bei den Lehrpersonen. Da die Betroffenen all diesen Anforderungen nicht mehr gerecht werden, reduzieren sie ihr 100 %-Pensum oder gehen in Richtung Burnout. Wenn die Schulbehörde weiterhin der Meinung ist, dies sei der Standard einer modernen Schule und dieses Modell müsse weiterhin Bestand haben, dann darf die Frage gestattet sein, ob nicht gewisse Personen unserer Behörde das Auslaufmodell sind?

Der Beruf des Lehrers gehörte früher zu den Traumberufen. Wer möchte unter diesen Umständen diesen Beruf noch erlernen? Durch das neue Berufsbild ist doch jeder Anreiz verloren gegangen. Zudem fehlt die Akzeptanz aus der Gesellschaft. Wir haben einen akuten Lehrermangel und gemäss einem Artikel aus einer Sonntagszeitung vom 30. Mai 2010 wird sich die Situation in der ganzen Schweiz weiter ausdehnen. Was unternimmt unsere Behörde dagegen? Anscheinend nicht viel und schiebt den Ball dem Kanton zu und die schalten ein Stelleninserat in Deutschland und Österreich. Das kann es doch nicht sein!

War denn früher alles so falsch? Sicher nicht. Wir müssen wieder zurück zu den alten Strukturen finden. Die Lehrkraft hat die Verantwortung für ihre Klasse und ist angestellt, die Klasse auszubilden. Sie muss keine Erziehungs- und Familienprobleme lösen. Für die Erziehung ist und bleibt das Elternhaus zuständig. Es müssen Regeln aufgestellt werden und es braucht einen Massnahmenkatalog, welcher auf die elterlichen Pflichten hinweist. Problemschüler, welche nicht bereit sind, etwas zu lernen, den Unterricht ständig stören, die Lehrpersonen und die lernwilligen Kinder belästigen oder gar bedrohen, haben an unserer Schule nichts verloren! Weil die Fälle immer komplexer und deren Behandlung und Betreuung intensiver werden, verlangt die SVP ein konsequentes Durchgreifen und fordert, dass die Kosten - auch für die Schulsozialarbeit - den Eltern verrechnet werden. Für eine Kuschelpolitik bleibt an unserer Schule kein Platz und die Schulsozialarbeit wird auch nicht alle Probleme lösen können.

Was in diesem Jahresbericht hoch gelobt wird, ist die Einführung der Integrativen Schule. Sie wurde damals in unserer Gemeinde undemokratisch beschlossen, weil der Kanton Aargau, unter der Leitung des ehem. Regierungsrates Rainer Huber, die Einführung finanziert hatte. Diese Zeit geht bald zu Ende und die Kostenbeteiligung wird vom Kanton eingestellt. Dann kommt die Gemeinde für die Kosten auf. Es geht aber nicht nur um die Kosten. Die Leistung an der Schule und die Bildung unserer Schülerinnen und Schüler müssen im Vordergrund stehen und da nimmt die Schulbehörde keine Rücksicht und hält weiter an der IS

fest. Sie ist überzeugt davon, dass die Qualität in der Klasse nicht darunter leidet. Das ist ein grosser Irrtum und die Praxis zeigt etwas anderes auf. In den Schulzimmern wurde mit dieser Situation eine zusätzliche Unruhe geschaffen und die vielen betroffenen Lehrkräfte sind mit dieser Aufgabe überfordert. Die Aussage des Präsidenten der Schulleitungskonferenz, dass hohe Ansprüche an die Lehrpersonen gestellt werden und dieser Systemwechsel einen Entwicklungsprozess braucht und mehrere Jahre dauern wird, kann die SVP nicht akzeptieren. Haben wir denn die Zeit und kann die Schulleitung es verantworten, die aktuellen Kinder in unseren Schulen für solche Neuerungen zu missbrauchen?

Zur Seite 14 des Jahresberichts: Hier schreibt der Schulpflegepräsident, dass nicht er oder die Schulpflege dafür verantwortlich seien, dass die Globalbudgetierung bei der Schule Wohlen noch nicht eingeführt worden ist. Dazu folgendes: Die SVP lehnt die Globalbudgetierung – egal in welchem Bereich – ab. Aber die SVP verlangt, dass richtig budgetiert wird, d.h. entweder nach WOV oder dann ordentlich, wie das im Gemeindegesetz vorgesehen ist. Wenn der Schulpflegepräsident behauptet, dass nicht die Schulpflege daran schuld sei, dass die Globalbudgetierung in Wohlen nicht eingeführt worden ist, dann stellen sich die folgenden Fragen: Was hat denn die Schulpflege im Berichtsjahr unternommen, damit dies ändert? Wer hat die Einführung abgelehnt? Auf jeden Fall war das nicht der Einwohnerrat. Bevor wir hier keine klaren Aussagen und Antworten haben, müssen wir im Einwohnerrat davon ausgehen, dass die Schulpflege in dieser Hinsicht gar nichts unternommen hat. Wir erinnern daran, dass die Gemeinde Muri schon seit längerem einen Versuch unternimmt, der sogar vom Kanton mitfinanziert wird.

Es gibt aber auch Lobenswertes aus diesem Bericht. Die Schulleiterin Cornelia Wey von der Primarschule Bünzmatt-Anglikon spricht als einzige über die Situation der Schülerinnen und Schüler mit fremder Muttersprache. Mit einem Anteil zwischen 52% und 90 % in den verschiedenen Klassen eine alarmierende Tatsache. Wieso dieser Zustand von den anderen Schulleitungen nicht erwähnt wird, darf nur errahnt werden. Man spricht halt nicht gerne über die Ausländersituation.

Zusammengefasst entspricht dieser Jahresbericht nicht der Situation an der Schule. Wenn die Schulverwaltung, die Schulpflege, die Schulleitungen und der Gemeinderat den Anspruch an eine gute Schule stellen, müssen sie dazu bereit sein, gewisse Strukturen wieder herzustellen, begangene Fehler einzugestehen und diese zu korrigieren. Dazu braucht es eine Reduzierung der Klassenbestände mit einem vernünftigen Ausländeranteil, eine Senkung der Pflichtlektionen auf das Niveau der anderen europäischen Länder, die Abschaffung der integrativen Schule und kein Bildungskleeblatt durch die Hintertüre.

Die SVP Wohlen-Anglikon wird sich in Zukunft für diese und weitere Ziele einsetzen, damit unsere Kinder und die betroffenen Lehrpersonen wieder einen geregelten Schulbetrieb erleben dürfen und wir eine gute Schule in Wohlen haben.

Unsere Gemeindebehörde schmückt sich ja gerne mit dem Prädikat „Grösste Schule im Aargau“. Darauf kann sie nicht stolz sein, solange die Qualität derart im Rückstand ist.

Meier Maja, Freis Wohle: Die Fraktion EVP-Freis Wohle nimmt vom Schulbericht Kenntnis und bedankt sich bei den Verfassern und allen, die sich für unsere Schule einsetzen. Es ist in der heutigen Zeit nicht einfach zu unterrichten oder eine Schule zu leiten mit all den stetigen Veränderungen in Schule und Gesellschaft. Über problematische Schüler, Lehrermangel und die Auswirkungen der Ablehnung des Bildungskleeblattes wird im Jahresbericht eher wenig geschrieben, wie bereits gehört. Die Schule versucht, diese Probleme anzugehen und Lösungen zu erarbeiten. Nur darüber zu berichten weckt einen negativen Eindruck und bringt uns nicht weiter. Ein grosses Thema in der Bevölkerung ist immer wieder der sehr hohe Ausländeranteil an unserer Schule. Probleme machen aber nicht nur Schülerinnen und

Schüler ausländischer Herkunft sondern oft auch sogenannte „Wohlstandskinder“ Schweizer Herkunft. Der Lehrermangel bereitet ebenfalls Sorgen. So wurde es auch schwierig, ungenügende Lehrkräfte zu ersetzen, was für die Qualität der Schule ein Nachteil ist. Diese Problematik könnte zunehmen, weil grosse Lehrerjahrgänge bald in Pension gehen und der Nachwuchs fehlt. Von der Integrativen Schulung, die 2009 eingeführt wurde, hört man in der Bevölkerung und Lehrerschaft unterschiedliche Meinungen. So zeigen sich die einen überzeugt davon, die anderen eher skeptisch oder haben gar schlechte Erfahrungen gemacht. Ich persönlich würde es begrüssen, wenn das Projekt „Senioren im Klassenzimmer“ wieder aufgenommen würde. Es ist vermutlich nicht einfach, geeignete Senioren zu finden. Aber die verschiedenen Generationen könnten voneinander profitieren und motivierte Senioren könnten Lehrpersonen, gerade in einer integrativen Schule, unterstützen oder gar entlasten. Ein Globalbudget mit klarem Leistungsauftrag würde die Schule begrüssen. Wir möchten gerne vom Gemeinderat wissen, wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt.

Huwiler Mirjam, Grüne: Im Namen der Grünen Fraktion danke ich allen Beteiligten für den ausführlichen und informativen Jahresbericht. Passend zum Jahresbericht haben wir eine Anregung an die Schulpflege und die Schulleitung. Wir würden es begrüssen, gebe es in Wohlen wieder ein Blatt unter dem Jahr, das über das Geschehen der Wohler Schulen berichtet. Eine Zeitung, wie es der Schulblitz einmal war, die die Schüler aktiv mitgestalten und worin sie schreiben können, was sie bewegt, fehlt uns in Wohlen. Der Schulblitz ist von einer breiten Bevölkerung gerne gelesen worden und man hatte unter dem Jahr die Möglichkeit, am Wohler Schulleben teilzunehmen.

Roeleven Corina, CVP: Der vorliegende, leider etwas spät traktandierte Jahresbericht der Schule Wohlen 2008/2009 zeigt auf, wie lebhaft, arbeitsintensiv und herausfordernd der Schulalltag für die involvierten Lehrer, Schulleitungen und die Schulpflege ist. Als Mutter von drei schulpflichtigen Kindern werde ich bereits während des Schuljahres durch Elternbriefe der Schulleitung, Besuche während Projektwochen oder durch Gespräche mit den Lehrern informiert. Dennoch möchte ich kurz einzelne Punkte anführen, die das Berichtsjahr besonders geprägt haben:

- Blockzeiten an Primarschule und Kindergarten
- Einführung Frühenglisch ab der 3. Primarschulklasse
- Durchsetzung 50 % Standardsprache an den Kindergärten

Aus dem Jahresbericht geht auch hervor, dass die Stellenbesetzung im Lehrerberuf immer schwieriger wird – eine Tendenz, die sich leider im laufenden Schuljahr noch verstärkt hat. Zudem werden Lehrpersonen und Schulleitungen vermehrt mit disziplinarischen Vorfällen konfrontiert. Dem dringenden Wunsch der Verantwortlichen nach Schulsozialarbeit hat das Volk an der Abstimmung vom 7. März 2010 stattgegeben.

Die Arbeit an Zukunftsthemen wurde im Berichtsjahr vor der Kleeblatt-Abstimmung etwas gedämmt. Mit dem Abstimmungsergebnis wurde dieser Phase der Unklarheit ein Ende gesetzt. Aus dem Jahresbericht geht jedoch hervor, dass beispielsweise die Ablehnung des Sozialindexes von der Schule bedauert wird.

Ich bin überzeugt, dass das Engagement aller Beteiligten auch im laufenden Schuljahr angehalten hat und wir uns auf den Rückblick des schon bald zu Ende gehenden Schuljahres freuen dürfen.

Die Fraktion der CVP nimmt Kenntnis vom Jahresbericht 2008/2009 der Schule Wohlen und dankt allen daran Beteiligten.

Keller Anna, Grüne: Die SVP hat kritisiert, dass in Wohlen separat Frühenglisch eingeführt wurde. Das ist nicht richtig, das wurde kantonsweit eingeführt. Da kann die Schule Wohlen nichts machen. Es wäre gut, sich vorgängig zu informieren.

Zu den 100 %-Pensen: Auch das ist zu einem grossen Teil dann entstanden, als sehr viel gespart wurde und die Schülerzahlen pro Klasse durch den Kanton hinaufgesetzt wurden. Das hat dazu geführt, dass es häufig keine volle Stelle mehr gibt, wenn eine Klasse nicht sehr gefüllt ist und damit gibt es für die Lehrkräfte auch keine 100 %-Pensen mehr. Die Ausbildung der Lehrkräfte läuft heute so, dass die Lehrer auch in der Primarschule nur noch für gewisse Fächer ausgebildet sind. Auch daran ist Wohlen nicht schuld, das ist kantonsweit so. Oft ist in einer Klasse eine junge Lehrkraft gut ausgebildet für ihre zuständigen Fächer, aber das eine oder andere Fach darf sie nicht unterrichten. Dann braucht es jemanden anders, der sie ergänzt.

Zum Erziehungsauftrag: Das fällt mir immer wieder auf. Ich bin ja selber Lehrerin. Im Jahre 1972 begann ich Unterricht zu geben. Als ich meine Lehrertätigkeit aufgenommen habe, war der Lehrplan ein dünnes Heft. Es sah damals schon sehr veraltet aus. In dem Heft stand auch, dass man als Lehrkraft auch einen Erziehungsauftrag hat. So neu ist das eigentlich nicht. Es ist heute ein anderes Thema, weil damals die Normen bei allen Leuten dieselben waren. Heute sind diese sehr unterschiedlich. Man bräuchte genauere Informationen.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Ich danke den Sprechenden für ihre Anliegen. Es sind ernsthafte Anliegen dabei. Ich verstehe das. Die Schule ist etwas sehr wichtiges. Sie bildet unsere Zukunft aus, unsere Kinder, und da haben alle etwas dazu zu sagen. Im Schulbericht geht es um die Vergangenheit. Die Schule schaltet jeweils im Herbst (letztes Jahr erstmals) eine Information für den Einwohnerrat ein. Es wäre ideal, wenn Sie daran teilnehmen würden. Dies ist die beste Gelegenheit, um auf die aktuellen Sachen einzugehen. Fragen können evtl. noch besser beantwortet werden, weil noch mehr Spezialisten der Schule anwesend sind. Mein Votum: Kommen Sie im Herbst an die Informationsveranstaltung der Schule. Dort ist die Gelegenheit, vor allem vorwärts gerichtete Fragen zu stellen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich knüpfe an das Votum von Anna Keller an, die ja ihrerseits Lehrerin ist. Wir haben das alle in der Schule erlebt. Es ist immer von Vorteil, wenn man demjenigen, der spricht, genau zuhört. Sei es der Lehrer, ein anderer Schüler, in der Schule oder im Einwohnerrat. Roland Vogt hat nicht gesagt, Wohlen habe freiwillig im Alleingang usw. Frühenglisch eingeführt. Er hat in seinem Votum auch Sachen kritisiert und sich auch erlaubt, diese zu kritisieren, die nicht nur Wohlen betreffen. Konkret zu Wohlen: Es würde uns interessieren, wer „IS“ beschlossen hat. War es die Schulpflege? Der Gemeinderat? Beide miteinander? Oder evtl. die Schulleitungen?

Es ist zwar eine historische Frage, aber es würde uns interessieren und die ist wichtiger und greift in die Zukunft: Was ist die Meinung des Gemeinderates oder vielleicht des Vorstehers im Gemeinderat dieses Ressorts, falls der Gemeinderat selber noch nicht darüber diskutiert hat: Wer zahlt die Kosten von „IS“ dann, wenn der Kanton seine Beiträge reduziert? Ist der Gemeinderat gewillt, zu diesem Zeitpunkt, wenn die Gemeinde zur Kasse gebeten wird, allenfalls einen Schritt zurück zu machen? Was sind die Absichten des Gemeinderates oder allenfalls der Schulpflege? Die Frage richtet sich nun an Paul Huwiler.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Am 5. Juni wird das Erziehungsdepartement die Pläne der Schule Aargau bekannt geben. Es wird anschliessend in ein parlamentarisches Verfahren eingehen. Die erste Lesung findet vermutlich noch dieses Jahr statt. Dort wird schlussendlich bestimmt, wie die Zukunft der Schule Aargau aussehen wird. Es geht nicht mehr um ein Bildungskleeblatt durch die Hintertür, sondern das Parlament hat mitzureden. Wie dann die Kosten und deren Verteilung und IS oder nicht IS herauskommen, werden in diesem Verfah-

ren geklärt. Deshalb bitte ich, den 5. Juni abzuwarten und dann können wir die Kostengeschichte genauer betrachten.

Betreffend Einführung IS: Da möchte ich das Wort gerne an die Schule weitergeben.

Corsiglia Franco, Schulpflege: IS wurde eingeführt als strategischer Entscheid der Schulpflege auf Antrag der Schulleitungskonferenz. Mich erstaunt, dass im Kanton Aargau zum heutigen Zeitpunkt bei 90% aller Schulen IS eingeführt wurde. Im Bezirk Bremgarten haben alle Schulen IS eingeführt. Ich wundere mich, dass man hier die IS bekämpfen will. IS wird die Schule Aargau und Schweiz in Zukunft sicherlich weiterhin beschäftigen und sie wird auch eingeführt werden. Die neusten Erkenntnisse die ich auf Kantonsebene gefunden habe. Man hat IS per Gesetz nun nicht eingeführt. IS hatte aber mit dem Kleeblatt nichts zu tun, das waren eigene Traktanden. Im Weiteren hat man bereits auf der Abteilung Sonderschule, Heime und Werkstätten die Annäherung an die Volksschule gesucht. Man möchte mit Kindern, die heute in der HPS integriert sind, versuchen, wie weit man mit der Volksschule zusammenkommt. IS ist ein Thema, das viel weiter geht. Das war auch unsere Haltung von der Schule. Wir haben eine HPS. Dort sind die Kinder, bei denen wir wollen, dass sie ihre Aufmerksamkeit erhalten. Auf der anderen Seite können wir uns nicht einfach die Türe verschliessen und sagen, wir als grosse Schule verhindern oder verschliessen uns vor dem, was auf uns zukommt. IS war ein Entscheid der Schulpflege auf strategischer Ebene nach Antrag der operativen Ebene, der Schulleitungskonferenz.

Meier Maja, Freis Wohle: Ein Globalbudget mit einem klaren Leistungsauftrag würde von der Schule begrüsst. Wir möchten vom Gemeinderat wissen, wie er sich das weitere Vorgehen vorstellt.

Huwiler Paul, Gemeinderat: Dazu wurde im Gemeinderat noch nicht beraten und somit auch noch kein Beschluss gefasst.

Kohli Benno, FDP: Es ist sehr interessant, was Franco Corsiglia gesagt hat. Ich rede aus meiner Erfahrung der Elternabende meiner Kinder. Dort höre ich von anderen Eltern, dass sie sehr kritisch gegenüber IS sind. Die Antwort der Lehrer lautet: „Ja, es wurde halt eingeführt. Wir sind auch nicht glücklich“. Das widerspricht zu 100 % der Aussage von Franco Corsiglia. Was gesamthaft in der Schweiz geht interessiert mich nicht. Die Frage ist, ob irgendwann darüber abgestimmt wird oder zumindest gefragt wird. Das Thema IS ist relativ frisch. Aber bei den Eltern ist das gar nicht verankert. Vielleicht müsste sich die Schule Aargau überlegen, ob sie den Zug weternimmt oder doch besser den ersten Wagen klarmacht.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ich musste diesen Sommer mit IS beginnen. Ich habe dies nicht gerne getan, dazu bin ich immer gestanden. IS läuft, man gewöhnt sich daran. Es ist schlecht, wenn man das sehr positiv beurteilt, jedoch auch schlecht, wenn man es negativ beurteilt. Ich bin überzeugt, es braucht zwei Jahre und die Leute werden ein Urteil bilden. Erst dann wird vermutlich der Kanton weiterfahren. Es ist ein Experiment, das pädagogisch und sozial vertretbar ist, jedoch eine unglaubliche Belastung darstellt. Nach einem halben Jahr zu sagen, es sei nichts, das darf man öffentlich nicht tun. Zuhause habe ich auch schon getobt. Wir müssen uns Zeit nehmen, es hat viele Vorteile und auch Nachteile. Irgendwann wird man versuchen, dies auf eine Linie zu bringen. So wie es jetzt durchgeführt wird, so geht es nicht. Das wissen alle, die mit Bildung zu tun haben. Jetzt kommt es darauf an, wie man das anpasst. Das gehört aber nicht in diesen Raum. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir das in Wohlstand haben. Die Schulpflege hat auf Antrag der Schulleitung so entschieden. Wir Lehrer gehorchen und das ist das Wichtigste.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich finde es relativ bedenklich, wenn einer der wichtigsten Entschiede der ganzen Gemeinde, von der Schulpflege im Alleingang getroffen wird. Wir alle wissen,

Hochglanzprospekt hin oder her, die Bedeutung der Schulpflege ist so, dass sie in etwa 2-5 Jahren im ganzen Kanton aufgehoben wird. Es läuft eine Umfrage des BKS bezüglich Notwendigkeit der Schulpflege. Fakt ist, dass die Schulpflege bei uns von 9 auf 7, von 7 auf 5, dann auf 3 und dann auf 0 reduziert wird. Das ist ja auch der Trend. Man muss kein Prophet sein, um anzunehmen und vorauszusagen, dass es in 5-7 Jahren keine Schulpflege mehr geben wird, sondern vielleicht noch eine Schulkommission existiert. Nach meiner persönlichen Einschätzung wäre das auch richtig. Die Macht liegt bei den Schulleitungen. Aber bedenklich finde ich, dass eine der wichtigsten politischen Fragen, die wirklich die Eltern, die Kinder und letztendlich die Lehrer betrifft, handstreichartig von der Schulpflege entschieden wird. Nur deshalb, weil der Kanton zwei Jahre lang die Folgekosten übernimmt und niemand an das „Nachher“ denkt. Es ist absehbar, dass die Gemeinden einen grossen Teil der Mehrkosten von IS tragen müssen. Es ist also fahrlässig, wenn man den Entscheid ins Blaue hinaus fällt und sagt nach mir die Sintflut, irgendwie kommt es schon gut. Ich verstehe nicht ganz, dass man mit 90 % aller Gemeinden ein flächendeckendes Riesenexperiment mit zehntausenden Kindern ausübt, wobei man nicht sicher ist, wie es endet. Normalerweise macht man Experimente im Labor oder mit einer kleinen Menge und nicht mit allen. Mit allen macht man es dann, wenn man es etablieren will. Undemokratisch macht man es, wenn man Angst hat zu verlieren, wie mit dem Kleeblatt. Das ist durch die Hintertür. Es ging am Gemeinderat vorbei. Ich bedaure dies, der Gemeinderat hätte vielleicht eine abweichende Meinung gehabt. Es ging auch am Einwohnerrat vorbei. Mich würde auch die Meinung eines pensionierten Lehrers interessieren, der vielleicht sehr frei sprechen kann, im Vergleich zu einem noch aktiven Lehrer, der Bindungen hat. Ich frage mich, was wir hier machen, wenn solche Entscheide von einer fünfköpfigen Schulpflege gefällt werden und wir sozusagen per Zufall davon erfahren.

Wille Franz, CVP: Ich wollte eigentlich nichts dazu sagen, aber wenn mich Jean-Pierre Gallati so direkt anspricht. Der Entscheid, ob im Aargau IS eingeführt wird oder nicht, wurde nicht in Wohlen gefällt, sondern in Aarau. Es gibt „Experimente“ wie du das nennst, davon spreche ich jedoch nicht so gerne wenn es um Schülerinnen und Schüler geht, die über Jahre gemacht wurden im Aargau. Du kannst dich erkundigen, es gibt Gemeinden, die das seit Jahren tun und aufgrund der gemachten Erfahrungen wurde dies eingeführt. Ob es für alle hätte eingeführt werden müssen, war vielleicht ein Selbstläufer. Auf jeden Fall ist jetzt offenbar wieder eine Hintertür offen, dass integrativ unterrichtet werden kann oder auch nicht. Betreffend den Kosten höre ich zum ersten Mal, dass das ein grosser Diskussionspunkt sein soll. Vorher gab es Kosten bei den Einschulungsklassen, bei den Kleinklassen und auch an anderen Orten. Diese wurden genauso aufgeteilt zwischen Kanton und Gemeinde, wie bei allen anderen Lehrerbesoldungen. Es geht ja im Wesentlichen um Besoldungen. Dort wo man mit zusätzlichen Lektionen Hilfe leisten wollte oder geleistet hat, war es eure Seite, die dagegen angetreten ist. Die Gemeinde Wohlen hätte in hohem Masse vom Sozialindex profitiert. Wohlen hat das zu meinem Bedauern aber abgelehnt. Die Ressourcen sind heute nicht in diesem Masse vorhanden wie sie sein sollten, um den Integrativen Unterricht durchführen zu können. Wenn auch gesagt wird, es wäre sehr wünschenswert, wenn Schülerbestände in den Klassen heruntergesetzt würden, um die Situation zu verbessern, frage ich mich, wann die SVP-Fraktion in Aarau das erste Mal überhaupt einer Heruntersetzung von Schülerzahlen zustimmen wird. Bisher haben sie es immer abgelehnt.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Ich war auch nicht begeistert, als IS eingeführt wurde. Wir haben nun IS und wir müssen lernen, damit umzugehen. Ein wichtiger Punkt ist der Anschluss der Mittelstufe an die Oberstufe, diejenigen die in die Bezirksschule kommen. Dort muss man sehr gut darauf achten, dass diese eine gute Integration haben, wenn anschließend Leistung abverlangt wird. Wir haben in Wohlen eine sehr gute Bezirksschule, die Leistung abverlangt und wir müssen das Niveau behalten, auch mit unserer Kantonsschule. Man muss schauen, dass diese Schüler gut vorbereitet sind. IS nicht nur als Gemeinschaftsförde-

rung für schwächere Schüler, sondern auch für die stärkeren, dass diese speziell auf die Bezirksschule vorbereitet werden. Das wäre mein Wunsch

Der Jahresbericht 2008/2009 der Schule Wohlen wird zur Kenntnis genommen.

Bericht und Antrag 12005 Genehmigung eines Baukredites von CHF 480'000.00 für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen

Gregor Ariane, GPK: Auf dem Friedhof Wohlen gibt es verschiedene Baustellen.

1. Erst kürzlich haben wir im Einwohnerrat über einen Neubau der Abdankungshalle abgestimmt.
2. Die Erneuerung der Kanalisation wird uns in naher Zukunft beschäftigen.
3. Es müssen mehr verfügbare Parkplätze gebaut werden.
4. Heute steht die Neugestaltung der Urnenfelder und des Gemeinschaftsgrabes zur Diskussion.

Mit dem Projektwettbewerb für die Neugestaltung des Friedhofes ist ein Konzept erstellt worden und dieses will der Gemeinderat in den nächsten Jahren umsetzen. Es handelt sich bei diesen Baustellen also nicht um Salamtaktik, sondern um bekannte Teilprojekte aus dem Gesamtkonzept.

Auf dem Friedhof werden verschiedene Bestattungsarten angeboten:

- Erdbestattungen
- Urnengräber
- Urnennischen
- Gemeinschaftsgrab

Die Friedhofkultur hat sich in den letzten Jahrzehnten sehr verändert. Das heutige Friedhofsbild mit den grossen Sarg- und Familiengräbern, also der herkömmlichen Erdbestattung, entspricht nicht mehr ganz den aktuellen Gegebenheiten, Anforderungen und Bedürfnissen. Grundsätzlich ist die Tendenz in Richtung mehr Kremationen deutlich feststellbar. Aus diesem Grund muss im Friedhof Wohlen mehr Platz für die modernen Bestattungsarten wie Urnen und Gemeinschaftsgrab bereitgestellt werden.

Anfangs Monat Mai hatte man auf dem Friedhof noch Platz für 18 Urnen, Ende Monat sind es noch deren 11. Die Notwendigkeit einer Neuanlage ist aufgrund der mangelnden Platzverhältnisse akut gegeben.

Die erste Etappe der geplanten Neuanlage würde für die nächsten 10 bis 15 Jahre ausreichen. Die Pflege der Gräber und der vereinfachte Zugang zur Urne für die Beisetzung sind umsichtig ausgearbeitet. Beim Urnengrab gibt es die Möglichkeit Blumen und Gebinde niederzulegen. Für das Gemeinschaftsgrab ist ein gemeinsamer Platz für vorübergehenden Grabschmuck vorgesehen.

Die 2. Etappe, wir reden hier ungefähr vom Jahr 2025, ist hinsichtlich des Erdreiches nur für Urnengräber möglich. Der Boden ist sehr lehmhaltig, somit ist eine Verwesung auch nach vielen Jahren nicht möglich. Deshalb schlägt der GR auch für die 2. Etappe Urnenfelder vor.

Im Bericht und Antrag entnehmen wir, dass gemäss Finanzplan 2010 und 2011 je CHF 200'000 vorgesehen sind. Damit die Neugestaltung der Urnenfelder und des Gemeinschaftsgrabes nicht verzögert umgesetzt werden müssen, beantragt der Gemeinderat nun diesen Baukredit.

Ein Teil der CHF 480'000 sind auch als Vorinvestition zu sehen. Gemäss Friedhofreglement können die Kosten für die diversen Gräber verursachergerecht den Angehörigen in Rechnung gestellt werden.

Der Friedhof ist ein gepflegter Garten, gewachsen aus einer bestimmten, romantisch geprägten Tradition des 19. Jahrhunderts. Die Stätte der letzten Ruhe wird ausschliesslich mit Natur assoziiert. So erstaunt es nicht, dass auch die Pflege des alten und seit neustem inventarisierten Baumbestandes kostet. Die Neugestaltung der Allee wurde auch Teil dieses Projektes.

Es wäre wünschenswert, wenn mit dem gesamten neu erstellten „Friedhof-Konzept“ das Interesse an einer Kultur des Erinnerns in der Öffentlichkeit wieder vermehrt geweckt würde.

Die GPK hat dem Bericht und Antrag einstimmig zugestimmt.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Ich danke der Sprecherin der GPK für die wohlwollende Aufnahme dieses Bericht und Antrages und auch für die sorgfältige Prüfung des vorliegenden Geschäftes. Es ist nicht mehr viel beizufügen. Der Bericht und Antrag ist selbsterklärend. Glauben Sie uns, die Situation im Friedhof ist äusserst prekär und wie es Ariane Gregor gesagt hat, es ist wichtig, dass wir die Anlage pflegen und gut erhalten. Es ist eine Perle in unserem Dorf. Wichtig ist, dass es keine Eintagsfliege ist oder etwas dass nicht überlegt ist, wie die Gesamtanlage sein soll. Es ist kompatibel mit dem Gesamtprojekt, sorgfältig geprüft von der Bauverwaltung und wurde auch von Peter Donat, Friedhofgärtner, eng begleitet. Ich freue mich auf die Stellungnahmen aus den Fraktionen. Für Sachfragen haben wir die beiden kompetenten Herren.

Hufschmid Hans, CVP: Die CVP-Fraktion steht geschlossen hinter dem Bericht und Antrag des Gemeinderates und wird diesem einstimmig zustimmen. Momentan stehen 11 Urnennischen zur Verfügung. Da benötigt es keine grosse Rechnerei, wie lange diese noch ausreichen. In dem Fall ist nun pietätvolles Handeln angesagt. Der Wohler Friedhof liegt der CVP-Fraktion sehr am Herzen. Es ist eine der schönsten Parkanlagen weit und breit. Tragen wir Sorge zu der Anlage und machen einen Schritt nach vorne. Das Bedürfnis für die Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab ist zweifelsohne gegeben. Im Finanzplan 2009/13 sind in den Jahren 2010 CHF 200'000.00 und im Jahre 2011 ebenfalls CHF 200'000.00 vorgesehen. Wir finden es aber richtig, dass der Gemeinderat jetzt mit einem separaten Bericht und Antrag an den Einwohnerrat gelangt. Die Zeit drängt und gezieltes Handeln ist angesagt. Bestattungen und Bestattungsarten sind in einem pietätvollen Rahmen zu halten. Geschätzte Ratskolleginnen und Ratskollegen, wir bitten Euch ebenfalls, dem Bericht und Antrag zuzustimmen.

Burkart Thomas, Grüne: Wir Grünen unterstützen diesen Antrag 1. Etappe „Bewilligung eines Baukredites von CHF 480'000.00 für die Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen“ einstimmig aus folgenden Gründen:

Sowohl beim Urnenfeld wie auch beim Gemeinschaftsgrab besteht aus Platzgründen dringender Handlungsbedarf. Es gilt jetzt zu handeln. Es soll auch in Zukunft Platz für alle vorhandenen Bestattungsarten zur Verfügung stehen.

Das langfristige Gesamtkonzept gibt den Rahmen vor, wie der Friedhof allmählich erneuert werden soll. Das neue Urnenfeld und das neue Gemeinschaftsgrab gliedern sich als gestalterische Einheit am neuen Ort gut in die bestehende Anlage ein. Das überzeugt auch als Ganzes.

Wir sind uns aber auch bewusst, dass die Erneuerung unseres Friedhofes insgesamt viel Geld kostet und kosten wird. Es ist eine klassische Aufgabe unseres Gemeinwesens. Wir sind es uns allen und unseren Nachkommen schuldig. Es ist eine Aufgabe, die die Gemeinde wahrnehmen muss.

Zusatzantrag der Fraktion Grüne Wohlen

Wir Grünen möchten noch einen Zusatzantrag stellen. Wir haben diesen vorgängig allen Fraktionspräsidentinnen und Fraktionspräsidenten zukommen lassen.

*Für die Bepflanzung der Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
1. Etappe wie auch der nachfolgenden Etappen der Neugestaltung der ganzen Friedhofsanlage
sind einheimische, standortgerechte Pflanzen zu verwenden.*

Begründung

1. Die Friedhofsanlagen weisen ein hohes Potential an ökologischen Aufwertungsmöglichkeiten im Siedlungsraum auf. Das gilt besonders auch für Wohlen. Auch der Friedhof in Wohlen wird von vielen Spaziergängerinnen und Spaziergänger als Ort der Stille und zum Verweilen genutzt. Nicht nur um Gräber zu besuchen.
2. Die in den nächsten Jahren bevorstehende Gesamterneuerung der Friedhofsanlage bietet die willkommene Gelegenheit, die heute vorhandenen exotischen Pflanzen allmählich durch einheimische, standortgerechte zu ersetzen.
3. Oft sind einheimische Pflanzen auch kostengünstiger zu erwerben, als dies exotische Pflanzen sind.
4. Im Leitbild von Wohlen heisst es, dass die Gemeinde ihre ökologische Verantwortung wahrnehme und dass sie naturnahe Erholungsräume bieten will.

Die Gemeinde kann, wenn wir jetzt dem Begehren zustimmen, die einheimische Artenvielfalt im Friedhofgelände fördern und ihre Vorbildfunktion in dem Bereich wahrnehmen, wie sie das im Leitbild verspricht.

Siebenmann Johannes, EVP: Wohlen hat einen sehr schönen Friedhof. Das Ziel dieses Bericht und Antrages ist als Puzzle in einem Gesamten, die Schönheit und auch die Würde dieses Friedhofes, zu erhalten. Von Anfang an war bei der Planung und auch bei den Wettbewerbsvorgaben klar, dass man das Friedhofsgebäude nicht von der restlichen Friedhofsanlage abtrennen kann. Man muss es als Gesamtschau betrachten. Das ist nun passiert und das Wesentliche wurde bereits gesagt. Einerseits handelt es sich um ein Platzbedarfsproblem, das mit diesem Bericht und Antrag zeitgemäss und gut gelöst wird. Das zweite ist ein ästhetischer Aspekt: Es geht darum, Strukturen des Friedhofs zu erhalten. Man sieht das mit diesen Wegen, die die zentralen Achsen darstellen und den Symmetrien, welche nun mit dem Urnenfeld und dem Gemeinschaftsgrab verstärkt herausgehoben werden, zum Beispiel im Unterschied zum jetzt bestehenden Gemeinschaftsgrab. Ich möchte nicht verhehlen, dass es in unserer Fraktion auch eine gewisse Wehmut gab, weil das jetzige Gemeinschaftsgrab die Geister scheidet. Für die einen ist es ein Stein des Anstosses, wenn jeder machen kann, was er will. Für andere macht gerade das den besonderen Charme des jetzigen Gemeinschaftsgrabes aus. Natürlich tauchte auch die Frage auf, was mit dem jetzigen Gemeinschaftsgrab passiert. Da war auch mal die Idee, Muslimgräber zu machen. Dagegen habe ich mich bereits in der Kommission ausgesprochen und habe auch bei Marcel Wegmann nachgefragt, wie der aktuelle Stand ist. So wie mir gesagt wurde, steht das zurzeit nicht zur Diskussion. Es müsse sowieso vor den Einwohnerrat kommen und es müsste ein klarer politischer Wille formuliert werden, dass man dies will. Wenn das nicht der Fall ist, kommen dort auch keine Muslimgräber hin. Das wird sowieso erst in 25 Jahren aktuell, solange hat man ja

die gesetzlich gegebenen Ruhezeiten. Bei den Muslimgräbern ist es anders, die Ruhezeit ist lebenslang. Diese bleiben für immer dort wo sie sind.

Auch unsere Fraktion Freis Wohle/EVP unterstützt den Bericht und Antrag einstimmig.

Geissmann Thomas, FDP: Auch die FDP Wohlen, Dorfteil Anglikon, anerkennt die Notwendigkeit dieses Vorhabens. Wir werten drei Sachen positiv.

1. Das Vorhaben ist Bestandteil eines Gesamtkonzeptes
2. Es ist raumplanerisch sinnvoll umgesetzt
3. Es ist aus unserer Sicht nicht überdimensioniert. Positiv ist, dass es in zwei Etappen gemacht wurde und in einem ersten Schritt die Kapazität für die nächsten 10-15 Jahren reicht.

Aus diesen Gründen haben wir diesem Vorhaben einstimmig zugestimmt.

Läuffer Marc, SVP: Die Fraktion der SVP Wohlen sagt Ja zur Bewilligung dieses Baukredites von CHF 480'000.00, sofern der Auftrag öffentlich ausgeschrieben wird.

Zusatzantrag

Die Kreditbewilligung ist mit der Auflage zu verbinden, dass der Auftrag im Konkurrenzverfahren dem günstigsten Anbieter erteilt wird.

Begründung

Die Kostenschätzungen für das gesamte Urnenfeld inkl. Gemeinschaftsgrab gemäss Gestaltungskonzept belaufen sich auf CHF 897'000.00. Bei der momentan zur Diskussion stehenden Erweiterung des westlichen Teils der Friedhofsanlage beläuft sich die Kostenschätzung auf CHF 480'000.00.

In Anbetracht der misslichen finanziellen Lage der Gemeinde Wohlen ist die Fraktion der SVP Wohlen der Meinung, dass die Steuergelder sorgsam einzusetzen sind und demnach eine Konkurrenzausschreibung mit entsprechenden Vertragsverhandlungen vor Vergabe der Arbeiten dringend notwendig ist.

Wenn unser Zusatzantrag angenommen wird, unterstützen wir den beantragten Baukredit. Wenn unser Zusatzantrag abgelehnt wird, dann ist die Meinung unserer Fraktion nicht mehr einheitlich.

Die SVP legt Wert darauf, dass die neue Grabanlage ausschliesslich für Urnengräber und ausschliesslich für christlich-abendländische Bestattungen verwendet wird. Eine Verwendung des Baukredites für nicht-christliche Bestattungen, wie Moslem-Bestattungen und dergleichen, ist im Bericht und Antrag des Gemeinderates nicht vorgesehen. Das würden wir auch nicht akzeptieren. Wir legen Wert darauf, dass diese Feststellungen im Einwohnererrat klar ausgesprochen, vom Gemeinderat zur Kenntnis genommen und auch eingehalten werden.

Balazs Dimitri, SP: Auch wir von der SP begrüßen die Erneuerung des Urnenfeldes und des Gemeinschaftsgrabes und wir erachten das geplante Vorgehen als sinnvoll und durchdacht. Wir stimmen einstimmig für diesen Baukredit. Den Antrag der Grünen unterstützen wir und erachten es als wichtig, dass auf einheimische Pflanzen gesetzt wird. Wir hoffen, dass der Einwohnererrat einstimmig dafür ist.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Zum Antrag der Grünen: Der Gemeinderat ist bereit, diesen entgegenzunehmen. Einer der Gründe ist auch, dass verschiedenste grössere städtische Friedhofsanlagen schon längstens auf diesem Weg sind.

Zum Antrag der SVP: Ich möchte Euch bitten, diesen wieder zurückzuziehen. Wir sind der Meinung, dass dieser rechtlich nicht haltbar ist. Es ist Sache des Gemeinderates, die Arbeitsvergabe zu tätigen und er macht dies gemäss Submissionsdekret.

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Betreffend den Muslimgräbern war die Ausführung von Herrn Siebenmann korrekt. Es war in der Wettbewerbsvorbereitung ein Thema. Solange kein politischer Auftrag besteht, ist es bei der Bauverwaltung und auch beim Gemeinderat kein Thema, dass man das einführen will.

Betreffend der öffentlichen Ausschreibung. Wir sind an das Submissionsdekret gebunden und nach meiner Lesart müssen wir dies sowieso öffentlich ausschreiben. Der Zusatzantrag ist nicht notwendig.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich hätte gerne eine Stellungnahme des Friedhofsgärtners zum Antrag der Grünen betreffend den einheimischen Pflanzen. Es geht ja auch um die ganze Landschaftsarchitektur. Schränkt das ein oder ist das auf unserem Friedhof denkbar oder wünschbar?

Donat Peter, Friedhofsgärtner: Wir arbeiten bereits mit einheimischen Pflanzen auf dem Friedhof. Das ist kein Problem. Bei den neuen Plänen der Gartenarchitekten, die die Landschaft planen, ist der grosse Teil dieser Pflanzen, von denen ich Kenntnis habe, einheimisch. Es ist auch unser Ziel, mit diesen Pflanzen zu arbeiten. Das Exotische ist das, was in den Privatgärten zu sehen ist, bei Leuten, die das lieben und das privat einsetzen können. Aber bei solchen Anlagen sind wir absolut dafür, mit einheimischen Bäumen und Sträuchern zu arbeiten. Auch von der Pflege her sehe ich keine weiteren Probleme.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Unser Zusatzantrag lautet so, dass wir alle anfallenden Arbeiten ausschreiben, sei es offen oder im Einladungsverfahren. Gemeinderat Urs Kuhn hat gesagt, man müsse nicht und die Vorschriften stehen im Submissionsdekret. Es hat sich so angehört, als ob er meine, man müsse nicht. Der Bauverwalter hat gesagt, er sei der Auffassung, man müsse ohnehin ausschreiben. Ich persönlich kann das nicht beurteilen, weil ich nicht genau weiss, wie die einzelnen Arbeiten vergeben werden, ob alles miteinander an einen oder ob es eine Aufteilung gibt. Ob man sie machen darf oder nicht, weiss ich nicht. Wenn uns der Gemeinderat mit derselben Bestimmtheit, wie es Herr Wegmann gesagt hat, zusichert, dass es ausgeschrieben wird oder ein Konkurrenzverfahren durchgeführt wird, dann ziehen wir den Zusatzantrag zurück. Wenn jedoch der Gemeinderat das nicht sagt, können wir diesen Antrag nicht zurückziehen. Dann haben wir das Vertrauen nicht, dass er es im Wettbewerbs- oder Konkurrenzverfahren vergeben will. Da wären wir dankbar für eine Klarstellung vom Tisch des Gemeinderates.

Urs Kuhn, Gemeinderat: Arbeitsvergabe ist Sache des Gemeinderates und wir halten uns selbstverständlich in diesem Geschäft an das Submissionsdekret. Ich bin der Meinung, das ist klar genug und widerspricht dem, was Marcel Wegmann gesagt hat, in keiner Art und Weise.

Kohli Benno, FDP: Zum Zusatzantrag der Grünen: Obwohl ich auch für die Förderung der einheimischen Pflanzen und gegen Freisetzung ausländischer Pflanzen im Freiland bin, bin ich an diesem Ort nicht für diesen Antrag. Der Friedhof ist eine Gartenanlage oder Parkanlage, die klar von der Umgebung und der Landschaft als solches abgeschlossen ist. Es ist klar abgegrenzt mit Mauern. Die Anlage steht für sich. Im gleichen Fall wird die Gartenanlage der

Villa Isler wahnsinnig gelobt. Dort stehen grosse Eiben, Gynkos sowie Magnolienbäume. Weitere Exoten wie Japanischer Fächerahorn, usw. Bäume die den Charme dieses Parkes ausmachen und ganz klar als abgeschlossene Einheit für sich stehen. Ich kenne nicht jeden Baum auf dem Friedhof. Ich bin aber überzeugt, dass es Eiben und andere hat und würde es bedauern, wenn wegen des Zusatzantrages der Grünen markante Bäume gefällt werden müssten. Für mich ist ein Friedhof eine künstliche Gartenanlage und muss für sich bestehen. Ich möchte dem Gartenarchitekten die Freiheit lassen und nicht irgendwelche Ideologien in den Friedhof einstecken. Bitte lehnt den Antrag ab.

Burkart Thomas, Grüne: Der Vergleich Isler-Villa und Friedhof hinkt: Die Villa Isler war Privatgelände und ist erst vor kurzer Zeit in die öffentliche Hand übergegangen. Da ist klar, dass man die wertvollen, ausländischen, exotischen Bäume nicht fällt. Bei der Friedhofsanlage ist das eine andere Sache. Es ist Sache der öffentlichen Hand und deshalb möchten wir, dass man diesen Weg mit einheimischen Pflanzen einschlägt. Die Eibe ist übrigens eine einheimische Pflanze. Ich möchte den Rat bitten, den Zusatzantrag zu unterstützen. Wie Herr Donat bereits gesagt hat: Es ist Philosophie, dass wir in Zukunft die Friedhofsanlage naturnah und standortgerecht bepflanzen. Für die Allee ist die Verwendung der Prunus Cerulata vorgesehen. Das ist die japanische Blütenkirsche. Sie hören schon vom Ausdruck her, dass das keine einheimische Pflanze ist. Die kommt aus dem Fernen Osten, ist höchst exotisch und gehört eigentlich nicht zu uns. Ich bin mir bewusst, dass auch der Friedhofsgärtner sich in letzter Zeit bemühte, standortgerechte Pflanzen zu verwenden. Das möchte ich lobend erwähnen. Es geht aber darum, dass wir jetzt die Richtung vorgeben und in Zukunft möglichst, nicht ausschliesslich, einheimische Pflanzen benutzen sollen.

Läuffer Marc, SVP: Aufgrund der Ausführungen des Herrn Gemeinderates Urs Kuhn und des Bauverwalters Marcel Wegmann, sind wir befriedigt, da die Arbeiten öffentlich ausgeschrieben werden.

Der Zusatzantrag der SVP wird zurückgezogen.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Ich habe eine Verständnisfrage. Du hast vorhin gesagt, dass Ihr nicht gerne hättet, dass die Leute, die nicht christlicher Herkunft sind, im Friedhof begraben werden. Ist das korrekt? Es sind viele Leute auf dem Friedhof, die zur Kirche ausgetreten sind und auch keine Christen sind.

Läuffer Marc, SVP: Das ist nicht die Meinung. Wir möchten einfach festhalten, dass genau gleich, wie es vorhin gesagt wurde, der Kredit auch wirklich für das Urnenfeld bewilligt wird und wenn andere Konfessionen dort ihren Frieden finden sollen, darüber auch orientiert wird.

Zusatzantrag Grüne

*Für die Bepflanzung der Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen
1. Etappe wie auch der nachfolgenden Etappen der Neugestaltung der ganzen Friedhofsanlage sind einheimische, standortgerechte Pflanzen zu verwenden.*

Tanner Peter, SVP: Du hast diesen Bericht und Antrag nochmals vorgelesen. Dieser kollidiert exakt mit dem, was Thomas Burkart noch gesagt hat. Er sagte, dass einheimische zu verwenden seien. Das lässt keine Ausnahme zu. Thomas Burkart hat vorhin gesagt, dass dies nicht ausschliesslich gemeint sei. Ich hätte lieber die Formulierung, die Herr Donat vorhin gesagt hat, dass man vornehmlich die Einheimischen berücksichtigt, aber nicht im ausschliesslichen Sinn. Ich darf euch auch sagen: Italiener oder auch Türken, die dort ebenfalls beerdigt werden, betrachten dies ebenfalls anders. Die hätten vielleicht Freude, wenn dort

etwas Italienisches steht. Du hast vorhin gesagt, es solle etwas Fernöstliches verwendet werden, das ist wieder etwas anderes. Es ist gar noch nicht so lange her, da hatten wir hier in der Schweiz rund 800 Baumsorten. Nun haben wir noch rund 100 oder 120. Diese wandern auch zurück. Also ist das nur eine Momentaufnahme, ob etwas einheimisch ist oder nicht.

Perroud Arsène, Präsident: Ich habe den Zusatzantrag so vorgelesen wie er hier ist und das gilt so. Er wurde vorgängig allen Fraktionen zugestellt. Über diesen Antrag und über keinen anderen stimmen wir heute ab. Ausser der Antraggeber würde diesen verändern wollen, wovon ich nicht ausgehe.

Siebenmann Johannes, EVP: Ich möchte Peter Tanner unterstützen, das ist richtig. Das was mündlich gesagt wurde, ist nicht so ausschliesslich formuliert gewesen, wie es im Antrag steht. Auch wenn wir nun über den Antrag abstimmen, so wie er schriftlich formuliert ist, gibt es den Widerspruch. Es wäre auch in meinem Interesse sinnvoller, wenn man das nicht ausschliessen würde. Der Landschaftsarchitekt soll eine gewisse Freiheit behalten können und man ist sowieso auf dem Weg. Würde man es nicht so ausschliesslich formulieren, könnte ich dem zustimmen, sonst werde ich ihn weiterhin ablehnen.

Burkart Thomas, Grüne: Der Antrag wird so gestellt, wie ich ihn bei meinen Fraktionsvotum vorgelesen habe und er ist gleichlautend mit dem, was der Präsident vorgelesen hat. Ich habe nie etwas anderes gesagt, von ausschliesslich war keine Rede. Wenn das der Fall wäre, habe ich mich versprochen. Ich unterstütze nach wie vor im Namen der Grünen Fraktion den Zusatzantrag, so wie er schriftlich beim Präsidenten seit 10 Tagen vorliegt. Ich möchte zuhänden von Benno Kohli auch noch sagen, dass es nicht darum geht, dass man nun Bäume oder Sträucher fällen würde, die dort sind. Es soll allmählich ersetzt werden, wenn diese altershalber kaputt gehen. Es war nie die Meinung und die Rede einer „Fällaktion“.

Dem Zusatzantrag

Für die Bepflanzung der Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen 1.Etappe wie auch der nachfolgenden Etappen der Neugestaltung der ganzen Friedhofsanlage sind einheimische, standortgerechte Pflanzen zu verwenden.

wird mit 18 Ja-Stimmen zu 19 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

Antrag

Dem gemeinderätlichen Antrag

Genehmigung eines Baukredites von CHF 480'000.00 für Neuanlage Urnenfeld und Gemeinschaftsgrab im Friedhof Wohlen

wird mit 34 Ja zu 3 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen zugestimmt.

Antwort zur dringlichen Anfrage 12010 betreffend Erschliessung Quartier Rebbberg

Dubler Walter, Gemeindeammann:

Frage 1.1

Wurde die Wagenrainstrasse seit der Beschlussfassung über den Erschliessungsplan am 6. August 2003 in der Strassenbreite verändert?

Antwort

Ja.

Erschliessungsplan: 5.5m

Bauprojekt: 5.0m

Diese Änderungen wurden dem Einwohnerrat mit Schreiben vom 8. April 2009 mitgeteilt. Gleichzeitig wurde der Einwohnerrat zur Informationsveranstaltung am 27. April 2009 eingeladen. Das entsprechende Schreiben wurde Ihnen vorhin verteilt. Dort wurden alle Änderungen den betroffenen Grundeigentümern vorgestellt und erläutert. Die Beschlüsse des Gemeinderates wurden von den an der Informationsveranstaltung Anwesenden positiv aufgenommen.

Frage 1.2

Wenn ja, weshalb?

Antwort

Vgl. Ziff. 3, Schreiben vom 8. April 2009, Reduktion Ausbaustandard Wagenrainstrasse (Sammelstrasse):

Viele Einsprecher wenden ein, dass die Wagenrainstrasse mit einer Breite von 5.50 m und das Trottoir (2.00 m) zu grosszügig dimensioniert seien. Sowohl die Wagenrainstrasse wie auch das Trottoir könnten verschmälert werden, ohne dass eine Komforteinbusse zu gewärtigen sei. Die Wagenrainstrasse hat eine Groberschliessungsfunktion (Sammelstrasse, vgl. § 21 Abs. 1 lit. b Strassenreglement vom 1. Juli 2001). Sie weist eine Länge von 680 Metern auf. Der Grundbegegnungsfall für eine Sammelstrasse ist Lastwagen/Personenwagen. Die Strassenbreite kann auf 5.00 m und die Trottoirbreite auf 1.75 m reduziert werden. Auf die Kurvenverbreiterung wird nicht verzichtet. Im Bereich der Profile 600 bis 680 wird auf das Trottoir verzichtet.

Frage 2

Ist vorgesehen, dass die Wagenrainstrasse als Durchgangsstrasse, d.h. Ortsverbindungsstrasse Richtung Fischbach-Göslikon und Niederwil, benützt werden kann?

Antwort

Die Wagenrainstrasse hat Groberschliessungsfunktion. Die Strasse ist befahrbar, wie alle öffentlichen Quartierstrassen von Wohlen.

Frage 3

Ist auf der Wagenrainstrasse ein Ortsbusverkehr vorgesehen?

Antwort

Die Erschliessung durch den Ortsbus ist möglich. Die zukünftige Linienführung ist noch offen.

Frage 4

Wird auf der Wagenrainstrasse in den nächsten 5 Jahren nach Erstellung der Strasse die Tempolimit 30 eingeführt?

Antwort

Die Einführung von Tempo 30 ist gemäss den Eckwerten der Verkehrsplanung in allen Wohnquartieren vorgesehen. Zudem wird auf Bericht und Antrag 11188 betreffend Kredit für die Erstellung Quartier Rebberg verwiesen (vgl. auch Ziff. 2.3), behandelt im ER am 15. März 2010.

Die Einführung von Tempo 30 bedingt ein separates Verfahren.

Frage 5.1

Kann auf der Wagenrainstrasse der Verkehr auch ohne Tempo 30 (d.h. mit Tempo 50) fahren?

Antwort

Ja, aber die Geschwindigkeit ist, wie auf allen Strassen, den örtlichen Verhältnissen anzupassen.

Frage 5.2

Am 7. Dezember 2009 hat der Gemeinderat die Baubewilligung für die Wagenrainstrasse gesprochen. Darin verlangt er zwingend Tempo 30. Welches ist der Grund dafür, nachdem im Erschliessungsplan aus dem Jahr 2003 nichts von Tempo 30 steht?

Antwort

Die Aussage ist so nicht korrekt. Gemäss Baubewilligung wurde das vorliegende Bauprojekt auf eine Geschwindigkeit von 30 km/h ausgelegt. Allerdings ist im vorliegenden Projekt keine Tempo 30-Zone geplant und auch nicht vorgeschrieben. Die Projektierungsgeschwindigkeit der geplanten Erschliessungsanlagen ist auf 30 km/h ausgelegt. Die Projektierungsgeschwindigkeit ist gemäss VSS-Norm die höchste Geschwindigkeit, mit der eine Stelle der Strasse entsprechend dem angenommenen Berechnungsmodell mit genügender Sicherheit befahren werden kann.

Sollte eine Tempo 30-Zone realisiert werden, ist das in einem separaten Verfahren vorzunehmen, vgl. auch Ziff. 2.3 Vorlage Einwohnerrat (Bericht und Antrag Nr. 11188).

Frage 5.3

Wie hoch werden die Kosten für Tempo 30 an der Wagenrainstrasse sein?

Antwort

Auf der Wagenrainstrasse sind keine zusätzlichen baulichen Massnahmen vorgesehen.

Frage 5.4

Wer wird die zusätzlichen Kosten für Tempo 30 bezahlen?

Antwort

Es entstehen keine zusätzlichen Kosten.

Frage 6

Wie ist die mutmassliche Planungsdauer zum Nachbessern dieses Projektes ohne die Wagenrainstrasse?

Antwort

Die Festsetzung von Erschliessungsplänen sind erfahrungsgemäss langandauernde Verfahren.

Es ginge hier nicht nur um ein „Nachbessern“ sondern um einen neuen Erschliessungsplan. Die Planungsdauer würde Jahre beanspruchen. Stichworte:

- Ausarbeitung Erschliessungsplan als Grundlage für formelle Enteignungen
- Mitwirkungs- und Auflageverfahren Erschliessungsplan
- Ausarbeitung Bauprojekt, Neuberechnung Perimeterbeiträge
- Auflageverfahren Bauprojekt und Beitragsplan

Frage 7

Wie haben sich die Gebühren für die ganze Erschliessung Rebberg zu Gunsten der Grundeigentümer in den letzten 5 Jahren verändert (Beitragsplan 1. Auflage im Vergleich zu Beitragsplan aktuell)?

Antwort

Bauprojekt 2009

	CHF	Anteil
Total Erschliessung Rebberg	7'031'809	100 %
Anteil Gemeinde Wohlen	2'422'613	34 %
➤ Gemeindeanteil an Erschliessung Rebberg	2'114'382	
➤ Anteil Gemeinde als Grundeigentümerin	308'231	
Anteil private Grundeigentümer	4'609'196	66 %

Bauprojekt 2007

	CHF	Anteil
Total Erschliessung Rebberg	8'137'398	100 %
Anteil Gemeinde Wohlen	2'621'845	32 %
➤ Gemeindeanteil an Erschliessung Rebberg	2'382'383	
➤ Anteil Gemeinde als Grundeigentümerin	239'462	
Anteil private Grundeigentümer	5'515'553	68 %

Wenn man einen Vergleich anstellt, haben wir eine Reduktion der Gesamtkosten Erschliessung Rebberg -13,6%, Reduktion Anteil private Grundeigentümer -16,4%.

Bertschi Bruno, SVP: Die Fraktion SVP Wohlen Anglikon verlangt die Diskussion. Wir sind der Meinung, dass dieses Thema kurz vor der Abstimmung nochmals diskutiert werden muss.

Abstimmung Diskussion

Der Diskussion wird mit 19 Nein-Stimmen zu 16 Ja-Stimmen bei 2 Enthaltungen nicht zugestimmt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Mit keinen Antworten kann man nicht zufrieden sein. Ich hoffe, dass die CVP wieder genauso gut vorbereitet ist wie letztes Mal und der Diskussion zustimmen wird. Es geht uns nicht mehr um die Zahlen, sondern um die Unregelmässigkeiten bei der Beschlussfassung, die es offensichtlich gegeben hat. Die Zahlen kennen wir.

Abstimmung Diskussion

Der Diskussion wird mit 18 Ja-Stimmen zu 17 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen zugestimmt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Sie alle hier drinnen wissen, dass wir die Antworten auf die Fragen nicht erhalten haben. Weder das erste noch das zweite Mal. Es stellt sich nun die Frage, ob wir es erfahren und wissen wollen.

Frage 1

Wann wurde es vom Gemeinderat formell beschlossen?

Wir haben keine Antwort erhalten. Heute behauptet der Gemeinderat schriftlich, er habe offen und ehrlich geantwortet. Aber wir wissen es nicht. Wenn das der Umgang mit dem Einwohnerrat ist, offen und ehrlich, er sagt aber nichts, warten wir, bis Belege aufliegen. Im Juni werden diese aufliegen. Ich hoffe es zumindest, dass die Gemeinderechnung nicht gesäubert wird und auch solche Belege aufliegen und man sie sieht.

Frage 2

Wer ist in den Ausstand getreten?

Wir müssen davon ausgehen, es gebe einen Beschluss. Ohne Beschluss fliesst kein Geld aus der Gemeindekasse. Sonst wäre das sehr schlimm. Wenn es einen Beschluss gibt, stellt sich die Frage, wer in den Ausstand getreten ist. Wenn drei betroffen sind, müssen drei in den Ausstand. Dann gibt es nur eine Antwort „Hans Müller, Hans Meier, oder wie sie dann heissen“. Das wäre eine Antwort. Diese Antwort haben wir nicht.

Frage 3

*Wenn es keinen solchen Gemeinderatsbeschluss gibt: Wer hat der Finanzverwaltung die Weisung erteilt, die drei Zahlungen zu tätigen?
(Antwort mit Name und Vorname erbeten)*

Vielleicht gibt es keinen solchen Gemeinderatsbeschluss. Wir können das nicht ausschliessen. Dann wird es langsam dramatisch und gefährlich. Wir wollen wirklich wissen, wer der Finanzverwaltung die Weisung gegeben hat, zu bezahlen. War es der Finanzminister? Der Gemeindeammann? Oder die drei, die das Geld erhalten haben? Das können wir auch nicht ausschliessen, weil wir es nicht wissen.

Frage 4

Welches soll die Rechtsgrundlage sein?

Es wird locker auf die Frage 1 verwiesen. In der Frage 1 ist auch keine Antwort. In Frage 3 wird ebenfalls auf Frage 1 verwiesen respektive auf die Antwort zur Frage 1. Diese gibt es

nicht. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, Ihr könnt mit uns noch lange Katz und Maus spielen, wenn ihr wollt. Ihr könnt das die ganzen vier Jahre tun. Wir hören aber nicht auf, wir wollen es wissen. Wir sind der Auffassung, ganz ernsthaft, wir hätten einen Anspruch darauf, zu wissen, wie das gelaufen ist.

Kohli Benno, FDP: Ich habe dieser Diskussion zugestimmt, weil ich ganz einfach der Meinung bin, dass das parlamentarische Mittel der Anfrage, ob man sie mag oder nicht, missachtet wird. Es kann nicht sein, dass Anfragen nicht beantwortet werden oder eine Antwortverweigerung stattfindet. Ich bitte Euch alle, auch den Gemeinderat, das parlamentarische Mittel zu achten. Es ist ein sauberes Mittel und da gibt es nur eines. Die Sachen sagen, man kann sie auffassen, wie man will, aber schlussendlich müssen Antworten vorhanden sein. Ich finde die Art, wie man die Fragen beantwortet, nicht korrekt.

Kohli Benno, FDP: Im Gegensatz zur vorherigen Anfrage möchte ich hier nicht unerwähnt lassen, dass diese Anfrage sauber beantwortet wurde. Es war für mich eine Wohltat, als ich die Antworten erhalten habe. Die Fragen, die gestellt wurden, sind umfassend und korrekt beantwortet. Ich möchte auch nicht unterlassen, dem Gemeinderat zu danken, dass er sich für das Anliegen dieser Motion eingesetzt und das in Aarau gebührend platziert hat. Dass es schlussendlich nicht gelungen ist, die Staatsanwaltschaft nach Wohlen zu holen, ist leider, wie es ist. Der Gemeinderat gibt sich in dieser Beantwortung kämpferisch und vielleicht gibt es eine Möglichkeit, das Grundbuchamt in Muri, das wegen der Staatsanwaltschaft ausziehen muss, nach Wohlen zu verlegen. Ich beantrage keine Diskussion und möchte dem Gemeinderat für seinen Einsatz danken.

Motion 12004 Standortförderung – Abschaffung der Ausnutzungsziffer in der Kernzone von Wohlen

Kohli Benno, FDP: Das Anliegen der Motion ist, dass die Ausnutzungsziffer in der Kernzone abgeschafft wird. Es geht mir darum, dass man Euch nochmals sagt, was eine Kernzone und was eine Ausnutzungsziffer ist. Die Ausnutzungsziffer ist ein statischer, theoretischer Begriff, der abschliessend in der allgemeinen Bauverordnung (aBau) definiert ist. Die Ausnutzungsziffer ist das Verhältnis zwischen der anrechenbaren Bruttogeschossfläche (beheizte, nutzbare Fläche) zur Grundstücksfläche. Das ist ein theoretischer Wert der sich ergibt und aussagt, wie viel beheiztes Gebäude ich auf ein Grundstück stellen darf. Das ist abhängig von der Grundstücksfläche. Es gibt diverse Beispiele, die in der Verordnung sind, was nicht angerechnet wird. Ich möchte damit zeigen, dass wir nicht frei sind, wie die Ausnutzungsziffer berechnet wird. Das ist vom Kanton geregelt. Wer eine Ausnutzungsziffer in der Bau- und Nutzungsordnung hat, muss sich daran halten. Im Weiteren Sinn geht es um die Kernzone. Die Kernzone ist der braune Bereich vom Bahnhof bis zur Zentralstrasse, weiter zur Kirche, umfasst von der Bünzstrasse, der Zentralstrasse und teils der Waltenschwilerstrasse und dem Bünzbogen. Nur von dieser Kernzone handelt mein Anliegen, damit hier die Ausnutzungsziffer abgeschafft wird. Das ist die Zone in Wohlen, wo unser Zentrum liegt und am meisten Bauvolumen stehen soll. In einer Ortsplanung ist es eigentlich immer so, dass im Zentrum am meisten Volumen ist und wir dann gegen den Bauzonenrand eine Ausdehnung und einen sanfteren Übergang ins Kulturland haben. Um was geht es? Ich habe hier ein Bild der Bahnhofstrasse. Die Bahnhofstrasse ist einer der Bereiche, wo die grösste Entwicklung stattgefunden hat, seit der Coop und die Migros in der Bahnhofzone stehen. Das ist unser eigentliches Zentrum und wir haben am meisten Kundenfrequenz zum Bahnhof hin. Gleichzeitig ist die Bahnhofstrasse zum Zentrum geworden. Historisch war früher der Bahnhof ausserhalb Wohle. Nun haben wir verschiedenartige, historisch bedingte Bebauungen an der Bahnhofstrasse. Einerseits haben wir ein altes Einfamilienhaus, daneben einen Grossbau der Bank, der die heutige Höhe vorgibt. Es ist klar, dass die Bebauung nicht retour geht. Es wird nicht so kommen, dass beim nächsten Gebäudewechsel in hundert Jahren wieder ein Einfamilienhaus zum Bahnhof kommt. Wenn es eine Veränderung auf einer Parzelle gibt, wird mehr gebaut. Das ist auch wünschbar. Wir haben das Beispiel an der oberen Zentralstrasse, das sehr augenfällig zeigt, was los ist. Wir haben ein uraltes Haus, Coiffeur Bühler, daneben den Manor, aus einer Zeit, bevor wir die Zonenordnung hatten. Die schiesst darüber hinaus, ist also höher als in der heutigen Bauordnung vorgesehen. Im Weiteren ist daneben die Überbauung der Streba, die ungefähr den Rahmen gibt, was die heutige Bauordnung zulässt. Wir haben gross und klein beieinander. Das Kinderhaus hinter der Cellpack steht im Schatten des Verwaltungsgebäudes der Cellpack.

Wenn das Gebäude des Coiffeur Bühler heute abbrennt und morgen ein neues Gebäude gebaut werden muss, können wir auf diesem Gelände, das Gebäude selber plus etwa 2-3 Meter rundherum ein zweigeschossiges Gebäude bauen, circa so gross, wie es heute ist und in der Bau- und Nutzungsordnung vorgesehen ist. Eigentlich müsste an diesem Gelände eine Bebauung ungefähr 16 Meter hoch sein, so hoch ist die Bau- und Nutzungsordnung-Zonenvorschrift mit 4 Meter Grenzabstand. Das wäre ungefähr das, was auch in der Geometrie eigentlich vorgesehen wäre. Das ist heute nicht möglich. Es wäre auch finanziell nicht rentabel, dort wieder ein zweigeschossiges Haus aufzustellen. Ich vermute, dass das Haus nach einem Brand eine Brandruine bliebe. An der Bahnhofstrasse haben wir die sehr gute Entwicklung mit dem Haus Janus. Das Haus ist fünfgeschossig und nützt die Gebäudehöhe und Grenzabstände an seinem Ort aus. Damit das Haus erstellt werden konnte, musste man Ausnutzungsziffern der Nachbarn einkaufen. Das kostet Geld. Es muss jemand bereit sein, diese zu verkaufen oder sie muss überhaupt noch vorhanden sein. Es muss ein Gelände daneben unternutzt sein, damit man diese kaufen kann. Die 2. Etappe des Gebäude Janus ist an das Grundstück angrenzend. Wenn örtliche Investoren dort weiterfahren möchten, ste-

hen diese wieder vor demselben Problem. Sie müssen Ausnutzungsziffern kaufen. Adäquat gebaut würde das heissen, dass auf der gleichen Front oben weitergefahren wird und unten die Passage bestehen bleibt. Das wäre die Entwicklung, die wir möchten. Hinter den Gebäuden sind die Parzellen so gross wie sie sind und dahinter ist auch bebaut. Wenn die Ausnutzungsziffer nicht da ist, wird das verhindert. Die Chemische Reinigung Rohr ist eingeklemmt zwischen dem Haus Janus und Migros, beide fünfgeschossig. Wenn dieses Gebäude einer neuen Nutzung zugeführt werden soll, ist es auch hier nicht möglich, mehr als zwei Geschosse zu machen.

Es geht darum, die Gebäude entlang der Strasse und die Grundstücke, die zu klein sind, auch eine Möglichkeit haben. Was wir ganz klar nicht wollen, ist, dass die WG 4 das schlechte Beispiel ist, wo eine sehr schlechte Ausnutzung ist und am Schluss eine 1geschossige Blechhütte hat, die nicht mal unterkellert ist. Das ist nicht ökonomischer Umgang mit Bauzone, das wirkt dem entgegen, dass man verdichtet bauen will im Zentrum, obwohl es nicht in der Bauzone ist. Die AZ abschaffen, damit die technokratisch und nicht nachvollziehbare Hürde verschwindet. Eine städtebaulich adäquate Überbauung auf den kleinen Parzellen muss ermöglicht werden. Ein Ausnahmeparagraf in der Bau- und Nutzungsordnung zeigt, dass es nicht funktioniert. Ausnahmen sind immer schwierig. Insbesondere muss definiert werden, wann die Ausnahme gewährt wird. Im Zentrum sollten wir verdichten und nicht verhindern, dass es verdichtet wird. Nur mit einer erhöhten Ausnutzung lassen sich Tiefgaragen und öffentliche Nutzungen im Erdgeschoss, was für mich zwingend ist, querfinanzieren. Das ist ein ganz wichtiger Aspekt, damit die Investoren dies auch tun und eine Tiefgarage, die gemacht werden muss, genügend Volumen haben um dies finanzieren zu können. Eine dichtere Bebauung in der Kernzone statt am Landschaftsrand oder Bauzonenrand wirkt der Landschaftszersiedlung, was den Grünen ein Anliegen ist, entgegen. Das ist ganz wichtig, dass das umgesetzt werden kann. Eine Auswirkung der Abschaffung der Ausnutzungsziffer wäre, dass man allenfalls zwei kleine Parzellen am Bauzonenrand nicht einzonen kann.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Ihr die Abschaffung dieser Ausnutzungsziffer unterstützen würdet.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Die Ausführungen von Benno Kohli waren interessant. Ich möchte in Erinnerung rufen: Die Bau- und Nutzungsordnung hat der Einwohnerrat im Mai 2006 erlassen. Deshalb stellt sich die Frage der Rechtssicherheit. Ich bin im Gemeinderat der letzte Hinterbliebene aus der damaligen Zeit und ich erinnere mich, dass in der Raum-, Bau- und Verkehrsplanungskommission diese Frage auch intensiv diskutiert wurde. Es waren in dieser Kommission alle Parteien und Gruppierungen, die anwesend sind, vertreten. Wir haben an der letzten Einwohnerratssitzung indirekt gesagt, man sei gegen die Dringlichkeit. Die Haltung des Gemeinderates ist die, dass wir den Vorstoss nicht als Motion entgegennehmen möchten. Wir sind aber bereit, im Rahmen eines Postulates dem Einwohnerat zu berichten. Sie haben die Ausführungen von Benno Kohli gehört. Für Leute, die nicht tagtäglich mit dem Bauwesen zu tun haben, ist das keine einfache Materie. Er hat interessante Aspekte aufgezeigt und auf diese möchte ich eingehen. Wir haben den Vorstoss genau betrachtet und er wurde auch traktandiert in der Raum-, Bau und Verkehrsplanungskommission am 20. Mai 2010. Die Diskussion fand unter Anwesenheit unseres Ortsplaners statt. Die Kommission kam zum Schluss, dass sie es nicht als praktikabel betrachtet, die Ausnutzungsziffer einzig in der Kernzone abzuschaffen. Die AZ ist die Verhältniszahl zwischen der anrechenbaren Bruttogeschossfläche und der anrechenbaren Grundstücksfläche. Mit einer Ausnutzungsziffer von 1,6 bestehen für Neubauten ausreichende Freiräume. Nach Auffassung der Raum-, Bau- und Verkehrsplanungskommission ist deshalb die AZ grundsätzlich in der Kernzone beizubehalten. In begründeten Fällen soll die Ausnutzungsziffer ausnahmsweise erhöht werden können. In Bezug auf den in der Motion verlangten minimalen Wohnanteil in der Kernzone bleibt festzustellen, dass bereits heute entsprechende Vorschriften bestehen. Aufgrund dieser Überlegungen ist die Kommission zum Schluss ge-

kommen, die Motion als solches abzulehnen. Gleichzeitig erkennt man aber den Bedarf, in Einzelfällen die Ausnutzungsziffer ausnahmsweise erhöhen zu können.

Ich möchte noch ein paar Gedanken deponieren im Zusammenhang mit der Abschaffung der Ausnutzungsziffer. Die in der Motion aufgeführten Ziele für die Kernzone sind bei der Erarbeitung dieser Bau- und Nutzungsordnung 2006 gleichartig gewesen. Erhöhte Verdichtung war ein Punkt, Wahrnehmung als Zentrum. Man hat drei Massnahmen getroffen.

- Die Ausnutzungsziffer regelt die bauliche Dichte und deshalb verzichtet man auf den grossen Grenzabstand; es gibt nur noch kleine Grenzabstände von 4 Meter, die einen grösseren Spielraum zur Folge haben. Das Beispiel das im Vorstoss erwähnt ist, ist in Baden und dort ist es genau umgekehrt. Es gibt grosse Grenzabstände, jedoch keine Ausnutzungsziffer
- Eine hohe Ausnutzungsziffer von 1,3 ist auch noch möglich. Also ein AZ-Bonus von 0,3 zur Förderung von Arealüberbauungen. Das ist bereits möglich ab einer Fläche von 2'000 m². Eine schlaue Parkierungslösung bedingt eine gewisse Grösse der Arealfläche und bestehende Gebäude können miteinbezogen werden
- Betrifft die Gestaltung: Eine hohe ortsbauliche und architektonische Anforderung, Begutachtung durch die Kommission, Möglichkeit zur Einholung eines Fachgutachtens

All das hat man im Jahr 2006 eingebaut. Etwas ganz wichtiges: Ein aktuelles Beispiel für eine Zentrumsüberbauung ist, wo man die maximale Ausnutzungsziffer von 1,6 ausgeschöpft wurde, die geplante Arealüberbauung beim Bahnhof der Feldmann Generalbau AG. Der durchgeführte Wettbewerb mit 6 Architektenteams hat gezeigt, dass es eine grosse Herausforderung war, das geforderte Bauvolumen und Pflichtparkplätze in städtebaulich hoher Qualität auf der 3'157m² grossen Arealfläche anzuordnen. Ohne Festlegung einer Ausnutzungsziffer hätte der Bauherr die hohen Anforderungen an eine Arealüberbauung nicht erfüllen müssen.

Ein weiterer Vergleich: Der Herr Gemeinderat Urs Kuhn hat es bereits bei früheren Diskussionen gesagt. Man kann es etwa ähnlich vergleichen mit der Schule. Lange waren die Schulnoten entscheidend gewesen. Irgendwann kam der Punkt als man sagte, man verzichte auf Noten und geht über zur sprachlichen Bewertung. Man braucht immer wieder einen Massstab. Ähnlich verhält es sich hier. Es gibt Gemeinden mit Kernzonen mit und ohne Ausnutzungsziffern. Beide Systeme haben Vor- und Nachteile. Wenn die Ausnutzungsziffer abgeschafft wird, ist eine andere Regelung notwendig. Nicht zuletzt auch aus Nachbarnschutzgründen. In Baden sind es grosse Grenzabstände. Man könnte sich anstelle der Abschaffung der AZ eine zusätzliche Vorschrift vorstellen, in der bei ausserordentlichen Fälle der Gemeinderat die Ausnutzungsziffer erhöhen kann. Bedingung wäre aber, dass der Zweck der Kernzone mit der Erhöhung der Ausnutzungsziffer besser erfüllt werden kann und für die Nachbarn keine Nachteile entstehen.

Ich möchte noch auf diese Bilder eingehen, die ich hier das erste Mal so gesehen habe. Beim Coiffeur Bühler kann man sagen, dass es seinerzeit so geschickt war. Man hat sicher die Möglichkeit, das Haus zu verkaufen. Wenn man das so betrachtet, ist es nicht toll wie es dort aussieht. Betreffend dem Beispiel der AZAG, Garage Hänggi. Es ist klar, wenn man bedenkt, dass es die Kernzone ist, sieht das nicht optimal aus. Schlussendlich ist es wie bei Ihnen zu Hause: Sie entscheiden, wenn sie ein Grundstück haben, wie gross sie das Haus bauen. Sie haben vielleicht das Recht höher zu bauen aber sie wollen nicht. Das war dort auch der Fall. Letztlich kann man einen, der höher bauen kann, nicht dazu zwingen. Bezüglich der Chemischen Reinigung ist uns der Fall klar. Mit einer gewissen Kreativität besteht aber auch dort die Möglichkeit, gewisse Ausnutzungszifferübertragung zu tätigen.

Fazit: Ich bitte den Motionär, seinen Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln. Dann sind wir bereit, dies entgegenzunehmen und ihnen das, was ich ihnen erzählt habe, ausführlich darzulegen.

Kohli Benno, FDP: Ich bin damit aus wesentlichen Gründen nicht einverstanden. Es ist wie es der Gemeindeammann gesagt hat. Es kann nicht sein, dass wir Ausnahmeregelungen brauchen, um ein Gelände, das historisch bedingt klein und eingekreist ist, adäquat überbauen zu können. Ich möchte auch dem Gemeinderat nicht zumuten, darüber abzustimmen, ob jemand eine Ausnahmegewilligung erhält oder nicht. Es ist ein sehr schwieriges Gelände, wo wir uns hineinbegeben und meines Erachtens der falsche Weg. Die Ausnutzungsziffer selber ist auch für den Architekten in dem Augenblick ein Problem, wenn ein Investor wünscht, die Ausnutzungsziffer voll auszunutzen. 1.3 plus all die Sachen gibt 1.6 und darunter will er nichts wissen. In dem Augenblick, wo wir die Ausnutzungsziffer abschaffen, ist die Diskussion vom Tisch. Auch ein Investor kommt nicht ständig und muss sich irgendwelchen Geldgebern verantworten, das Grundstück ist voll ausgenutzt. Mit der Abschaffung der AZ ist die Möglichkeit da, dass aufgrund eines Fachgutachtens der Gemeinderat sagen würde, an diesem Ort z.B. gehen 5 Geschosse nicht. Die statische Grösse dieser AZ ist im gesamten für den Gemeinderat sowie für alle Beteiligten hinderlich, weil sie kein Problem löst, sondern ein Verhältnis ausweist. Das ist nicht die Absicht und nicht das was uns weiterbringt. Die Erhöhung des Grenzabstandes überlassen wir dem Gemeinderat. Wenn die Motion durchkommt, wird das in der Bau- und Nutzungsordnung verarbeitet und die wird so oder so nach dem Abschluss des Zonenplanes nochmals revidiert. Dann muss sich der Gemeinderat genau überlegen, was für begleitende Massnahmen er bei einer Abschaffung der AZ einbringen will. Es ist so, dass darüber nochmals abgestimmt wird und wir nicht ein Kind mit dem Bad ausschütten. Es gibt ganz klar vor, dass die AZ nicht mehr die Messlatte ist. Das ist schlussendlich der Anspruch der vorhanden ist.

Keller Anna, Grüne: Wir unterstützen die Zielrichtung der Motion.
Eine Ausweitung der Bauzone ausserhalb des Dorfes wollen wir nicht. Hingegen würden wir eine Verdichtung im Innern unterstützen.

Wir unterstützen auch das Ersetzen oder Sanieren der Liegenschaften im Zentrum, damit wir städtebaulich und qualitativ gute Bauten haben. Dazu könnte die Bauverwaltung jeweils darauf hinweisen, dass die Ausnutzungsziffer um 15% höher ist, wenn es Minergiebauten sind.

Aber die Ausnutzungsziffer einfach abschaffen, ohne andere Massnahmen zu treffen, ist falsch.

Die zitierte Stadt Baden hat tatsächlich keine BNO mit Ausnutzungsziffern. Dafür gibt es folgende Vorgaben:

- grosse und kleine Grenzabstände
- Gebäudehöhe
- Anzahl Geschosse

Ein grosser Teil der Kernzone ist in der Altstadt und dort gelten sowieso strenge Auflagen des Heimatschutzes, die vom Kanton vorgegeben sind. Es herrscht also in keiner Weise völlige Baufreiheit.

Einen Wohnanteil in der Kernzone finden wir richtig. Das ist aber ein Thema, das nichts mit der Ausnutzungsziffer zu tun hat.

Die vorliegende Motion unterstützen wir deshalb nicht. Jedoch sagen wir ja, wenn sie in ein Postulat umgewandelt wird. Dann hat der Gemeinderat die Möglichkeit, die Forderungen durch zusätzliche Rahmenbedingungen zu ergänzen.

Veghini Dario, SP: Die SP-Fraktion kann der Motion in der Form wie sie formuliert ist, nicht zustimmen. Eine Erhöhung der Verdichtung des Stadtzentrums ist nötig und wichtig. Wir sind aber der Meinung, dass eine Abschaffung der AZ ohne die Einführung von zusätzlichen Regeln, z.B. zum Schutz der Nachbarschaft, eher Nachteile als Vorteile bringen würde. Die Stossrichtung ist korrekt und unterstützen wir auch. Der können wir zustimmen. Aber die Motion können wir so nicht annehmen. Ein Postulat würden wir unterstützen.

Bertschi Bruno, SVP: Die SVP unterstützt die Motion einstimmig und mit Überzeugung. Das ist eine bürger- und auch gewerbefreundliche Lösung, die von Benno Kohli vorgeschlagen wird. Das ist richtig, Baden hat keine Ausnutzungsziffer. Geht einmal nach Baden und betrachtet die positive Entwicklung der Stadt.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Vielleicht reicht es, wenn man kurz nach Baden telefoniert. Ich finde es besser, wenn man in Baden arbeitet und die Bauordnung aus eigener Anschauung kennt. Ich finde es besser, wenn man zum Beispiel sagt, wir operieren dort mit Grenzabständen. Der grosse Grenzabstand, den man gegenüber einer Strasse einhalten muss, ist plötzlich nicht mehr 8 oder 12 Meter, sondern nur noch 4 Meter, weil der Strassenabstand vorgeht. Das bedeutet, wenn man praktische Erfahrung hat, sieht man wie es effektiv läuft. Wenn man Baden betrachtet, weiss man auch, dass die geschlossene Bauweise zulässig ist. Man darf also die Häuser aneinanderbauen. Man kann dies betrachten, wenn man durch Baden läuft. Die Grünen sagen, man solle die Motion in ein Postulat umwandeln, damit wir die Möglichkeit haben, Ergänzungen anzubringen. Das ist auch bei der Motion so. Diese fliesst als Auftrag in die laufende Zonenplanrevision ein.

Der Gemeinderat spricht von Rechtssicherheit. Wir haben im Jahre 2006 bereits die Bauordnung geändert. Wir ändern sie jetzt ohnehin wieder im Hinblick auf die Revision des Bauzonenplanes. Unzählige Paragraphen werden geändert, ob wir wollen oder nicht. Dies bietet die Gelegenheit, diese Motion umzusetzen. Wenn sie heute abgelehnt oder nur als Postulat an den Gemeinderat überwiesen wird, wird das Anliegen ganz sicher beerdigt. Der Gemeinderat spricht von Rechtssicherheit und man ändert die Bauordnung alle sechs Jahre. Derselbe Gemeinderat sagt auch, man müsse mit Ausnahmegewilligungen operieren. Im Einzelfall könne man mit Ausnahmen arbeiten. Das ist Rechtsunsicherheit und Willkür pur, wenn man sagt, im Einzelfall könne man ein wenig. Dabei wäre mir auch nicht so wohl. Beim einen geht es im Einzelfall, beim anderen nicht.

Ein praktisches Beispiel in Wohlen: Die Rowo oder daneben die Apotheke, unten bei der Migros beim Mobilezone: Wenn diese unterirdisch 1 oder 2 Geschosse nutzen, wie die Migros, kann man oben ein Flachdach drauftun und darüber spazieren. Darauf bauen darf man nämlich nicht mehr. Das ist eine Folge der heutigen Lösung mit der Ausnutzung. Das ist so schlecht, dass kann man ja nicht im Ernst wollen. Wenn wir die Motion von Benno Kohli heute Abend überweisen, bedeutet das nicht, dass einfach der Satz in die Bauordnung kommt und sich sonst nichts ändert. Wenn man zum Schluss kommt, dass man beispielsweise die Höhen anders regeln muss oder den Nachbarschutz, wird das gemacht werden. So dumm sind unsere Kommission und der Gemeinderat nicht, dass sie nicht das Gesamte betrachten. Wenn die SP sagt, die Stossrichtung der Motion stimme, sie lehnen sie jedoch ab, muss ich mich fragen, ob wir in einem Irrenhaus sind. Wenn ich etwas von der Stossrichtung her unterstütze, stimme ich dem zu. Ich lehne es dann ab, wenn es zusammen mit der Zonenplanrevision und der Bauordnung vor den Einwohnerrat kommt. Wenn es falsch herauskommt, kann ich es hier drinnen ablehnen. Das ist das Recht des Einwohnerrates. Aber heute ablehnen und sagen, ihr würdet der Stossrichtung zustimmen, ist widersprüchlich. Ich hoffe, ihr unterstützt diese Motion.

Wegmann Marcel, Bauverwalter: Ich möchte mich kurz über die Praxis äussern, wie es Herr Gallati gesagt hat.

Wichtig ist, die Ausnutzungsziffer kann man nicht für sich alleine betrachten. Es wurde gesagt, die Grenzabstände sind ebenso wichtig und wenn man ein Bauvorhaben hat, muss man immer im Gesamten alle Vorschriften beurteilen. Ich habe die Beispiele von Herrn Kohli auch zum ersten Mal gesehen. Betreffend den Coiffeur wurde gesagt, es könnte höher gebaut werden, wenn die Ausnutzungsziffer freigegeben ist. Ich kenne das Projekt nicht. Aber wenn die Grenze rund um das Haus geht und er den Grenzabstand einhalten muss, ist das nicht gelöst und nicht möglich. Er muss auch dann mit dem Nachbarn zusammenarbeiten und das ist auch mit der Ausnutzungsziffer möglich. Das Beispiel Bahnhof ist ebenfalls falsch so wie es gezeigt wurde. Es wurde gesagt, es seien nur 2 Geschosse möglich. Es gibt gewisse Probleme, dass er nicht ganz so hoch bei der Migros bauen kann. Aber 4 Geschosse sind grundsätzlich möglich. Wenn man sagt „Ausnutzungsziffer oder Ausnahmegewilligungen abschaffen“. Beides führt zum Selben. Es stellt sich die Frage, wer in der Beweispflicht ist, wenn man einfach sagt, der Bauherr sei in der Pflicht aufzuzeigen, dass er ein speziell gutes Projekt hat und entsprechende Ausnahmegewilligungen erhält. Oder wollen wir dem Gemeinderat zumuten, dass grundsätzlich alles erlaubt ist und er dann sagen muss, es sei kein gutes Projekt und erhält deshalb keine Bewilligung. Ich meinte, es sei schlussendlich besser, wenn man mit der Ausnutzungsziffer auch in der Kernzone fährt. Das ist ein bewährtes, transparentes Instrument in der ganzen Gemeinde und wir wollen am selben System festhalten, auch in der Kernzone.

Kohli Benno, FDP: Ich muss den Aussagen von Marcel Wegmann widersprechen. Tatsächlich ist es so, dass wenn ein Bau abbrennt, auf den Grundmauern weitergebaut werden darf und kein neuer Grenzabstand eingehalten werden muss. In dem Augenblick sehe ich das Problem nicht. Zugegeben, es ist ein etwas überspitztes Beispiel. Aber es ist dort, wo es sehr augenfällig wird. Die Ausnahmeregelung ist tatsächlich untauglich. Das kann nicht sein, wie das Jean-Pierre Gallati bereits erwähnt hat, dass der Gemeinderat Herrn X die Bewilligung erteilt und dem Nachbarn Y dann nicht. Das ist ein wirtschaftlicher Vorteil und so werden bestimmt alle Nachbarn wütend. Es gibt keinen Grund für die Ausnahmegewilligung. Eine solche Bewilligung ist spätestens in Aarau fertig. Man sollte dieses Thema abschaffen und nicht mehr darüber diskutieren. In der Kernzone sprechen wir hoffentlich in Zukunft über städtebauliche Qualitäten und nicht mehr über Phantomzahlen, die gar kein Thema sein können. Dort geht es tatsächlich um nachbarschaftliche Angelegenheiten und um eine gute Gesamtwirkung. Das ist wichtig. Ansonsten muss ich das sagen, was bereits Jean-Pierre Gallati zu 100 % richtig gesagt hat. Er ist ein Profi und weiss wovon er spricht. Es ist in dem Augenblick tatsächlich eine Problematik, wie jeder damit umgehen will.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Noch kurz etwas zum Formellen. Der Unterschied Motion/Postulat: In der Gemeindeordnung §21 heisst es zur Motion, dass ein Einwohnerrat verlangen kann, dass der Gemeinderat einen Auftrag gemäss der Motion umsetzt und dem Einwohnerrat die dafür erforderlichen Anträge unterbreitet. Es ist praktisch eine Verpflichtung, dies so zu unterbreiten, wie die Forderung lautet. Beim Postulat heisst es, dass der Gemeinderat die Anregungen des Postulates prüft und dem Einwohnerrat darüber Bericht erstattet. Das Anliegen würde sehr wohl ernst genommen. Die Erfahrung zeigt, dass der Gemeinderat nicht das Interesse hat, über undefinierbare Ausnahmen zu entscheiden. Das ist immer heikel. Da teile ich die Meinung von Benno Kohli. Das könnte man bereits jetzt, gestützt auf §37 des Baugesetzes. Das wurde jedoch gar nicht gross angewendet. Die Idee ist die, dass wenn wir ein Postulat hätten, wir uns Gedanken über Möglichkeiten machen und dementsprechend Rechnung tragen können. Aber wir möchten nicht die absolute Verpflichtung, so wie es formuliert ist, wenn es als Motion überwiesen ist.

Tanner Peter, SVP: Ich höre hier immer wieder, man müsse verdichtet bauen. Hier wäre ein Paradebeispiel, wie man euch selber ernst nehmen kann, dass man dies nun anwenden könnte, wie bereits von Benno Kohli erwähnt. Das wäre verdichtetes Bauen par excellence.

Wir sollten nicht die Zersiedlung, sondern die städtebauliche Entwicklung fördern. Dies wäre ein Paradebeispiel dazu. Wir sollten freie Landflächen konservieren, denn die können wir für anderes nutzen. Wir sollten aber auch die Bautätigkeit im Zentrum fördern und dies entsprechend städtebaulich berücksichtigen. Der Natur nützt es nichts mehr, es ist bebaut. Die Zone an der Bahnhofhofstrasse wäre etwas, die Standortförderung und –marketing beinhaltet. Ich bitte Euch, die Motion zu überweisen.

Geissmann Thomas, FDP: Wir entscheiden nun, ob wir wollen, dass der Gemeinderat das Vorhaben einfach prüft oder ob er dies umsetzt. Für mich ist die Frage viel zu wichtig, als dass das einfach geprüft wird. Wir hatten einerseits ein paar Projekte, wo wir unverständlicherweise nicht alle bürgerlichen Parteien auf unserer Seite hatten. Aber mindestens ebenso wichtig ist das ganze Umfeld. Bedingungen, die wir schaffen, damit Leute in unsere Gemeinde investieren wollen. Mir ist viel wichtiger, dass gewisse Freiheiten belassen werden und attraktiver gemacht werden, als dass wir immer nur einschränken. Es ist auch sonst möglich. Ich bin ganz klar dafür, das Anliegen als Motion anzunehmen.

Stäger Urs, SVP: Speziell an die Grünen und SP: Wie es bei einem Postulat herauskommt, hat Walter Dubler vorhin erklärt. Es bleibt, wie es ist und wird in diesem Sinne nicht wirklich geprüft. Eine Abschaffung der Ausnutzungsziffer in der Kernzone macht sehr wohl Sinn. Das ist klar, dass es dazu auch flankierende Massnahmen braucht, wie Gebäudelänge, usw. Dies ist in diversen Gemeinden mit Erfolg der Fall. Ich bitte euch, die Motion zu überweisen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich frage mich, wieso ein guter Vorschlag jeweils abgelehnt wird. Durch die Zonenplanrevision will der Gemeinderat 140'000 Quadratmeter draussen im Farn zwischen der Eisenbahnlinie und der Luzernerstrasse einzonen und dort ein neues „Ghetto“ machen. Der Gemeinderat würde dies urbane Siedlung nennen. Dort haben die Einwohnergemeinde und andere Eigentümer handfeste Interessen. Dies ist natürlich die Auseinandersetzung darüber, wie viel Wachstum wir zulassen. Wenn wir auf den 140'000 Quadratmetern einen kleinen Stadtteil bauen wollen, müssen wir die Kernzone beibehalten und die Ausnutzungsziffer bestimmt nicht abschaffen. Das sind vielleicht Überlegungen die man im Gemeinderat macht. Eine Abschaffung der Ausnutzungsziffer käme natürlich in die Quere, wenn man den Stadtteil verwirklichen möchte. Ich betrachte das als völlig absurd. Man könnte fast sagen „Ferropolisidee“.

Die Entwicklung, das Bevölkerungswachstum und die Verdichtung sollen im Zentrum stattfinden. Die Linken und Grünen sollten doch jetzt sehen, um was es politisch geht. Wollt ihr Entwicklung dort draussen, wollt ihr Fruchtfolgeflächen im Farn zerstören oder wollt ihr im Kern eine gesunde Entwicklung.

Gregor Ariane, CVP: Ich bin auch der Meinung, dass die Zentrumsqualität erhöht würde. Ich wäre froh, wenn die Motion überwiesen würde. Ich mag mich an die Revision der BNO erinnern, ich war dazumal bereits in der GPK. Ein grosses Thema war die Ausnutzungsziffer. René Meier hat damals darüber gesprochen. Wenn ich mich nicht irre, haben wir da intensiv diskutiert, dass wir die Ausnutzungsziffer verändern müssen. Die Antwort war, dass wenn der Zonenplan geändert wird, man zur Ausnutzungsziffer zurückkehrt, um das Ganze zu ändern.

Keller Anna, Grüne: Falls wir die Ausnutzungsziffer abschaffen, was ich nicht grundsätzlich schlecht finde, ist für mich die Frage, was dann an dieser Stelle ist. Das kommt aus der Motion nicht hervor. Da herrscht für mich selber Unsicherheit.

Abstimmung

Der Motion 12004

Der Gemeinderat ist zu beauftragen, im Rahmen der aktuellen Nutzungsplanungsrevision die Ausnutzungsziffer für die Kernzone abzuschaffen und stattdessen einen minimalen Wohnanteil in der Bau- und Nutzungsordnung vorzuschreiben

wird mit 27 Ja-Stimmen zu 6 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen zugestimmt.

26 0.011.2 Einwohnerrat; Motionen, Postulate und Interpellationen
Anfrage 12006 betreffend „Sicherheit am Bahnhof Wohlen“

Bertschi Bruno, SVP: Wir sind nicht zufrieden mit den Antworten und beantragen die Diskussion.

Diskussion

Die Diskussion wird mit 16 Ja-Stimmen zu 21 Nein-Stimmen bei keinen Enthaltungen abgelehnt.

Keller Anna, Grüne: Die Motion der Grünen verlangt, dass auf Gemeindeland, auch wenn es verkauft wird, nur Gebäude in Minergiestandard gebaut werden dürfen. Damit soll in Wohlen auf Gemeindeebene ein Zeichen für energiebewusstes Bauen gesetzt werden, passend zum Energiestadtlabel. Es genügt nicht, als Gemeinde das Label zu haben, sondern die Gemeinde sollte auch danach handeln.

Ein Haus steht nachher für sehr viele Jahre. In den ersten 40 Jahren bleibt meist alles unverändert bestehen. Und die gesamte Lebensdauer vieler Häuser ist mehr als 100 Jahre. Es lohnt sich also in jedem Fall, sowohl architektonisch wie technisch, gute Gebäude zu erstellen, die einen guten Komfort bieten und wenig Energie benötigen. Es gibt ja sogar Null-Energie Häuser, deren Bauart und Bausubstanz so sind, dass sie auch in unserem Klima nicht geheizt werden müssen. Man friert im Winter nicht und schwitzt auch nicht im Sommer.

Bei Bauten, die die Gemeinde selber baut, verlangt Wohlen heute bereits Minergiestandard. Bei Arealüberbauungen kann dies die Gemeinde ebenfalls verlangen. Da sind erhöhte Anforderungen möglich, weil auch für die Bauherrschaft Mehrnutzen möglich ist. Wenn die Gemeinde sonst Bauland verkauft, wie letzten Herbst das letzte Stück des Paul- Walser-Areals, so soll diese Motion dazu dienen, dass auch da Minergiehäuser entstehen. Das war zuerst auch so vorgesehen, aber danach hat die Bauherrschaft das doch nicht so gemacht. Das möchten wir in Zukunft verhindern.

Warum sollen dann Private sich auf den Kauf von Gemeindeland einlassen, wenn diese Verpflichtung besteht? Wer ein Minergiehaus in Wohlen baut, profitiert auch, nämlich von einer höheren Ausnutzungsziffer von 15% (BNO vom 8. Mai 2006). Die Anfangsinvestition ist höher, aber ständig geringere Energiekosten zahlen sich schon bald aus. Dass Öl, Gas und auch Uran irgendwann ausgehen und vorher sicher noch massiv teurer werden, wissen wir alle. Je besser das Haus gebaut ist, um so weniger frieren die Bewohnerinnen und Bewohner im Winter oder schwitzen im Sommer.

Stimmen sie also unserer Motion zu. Sie ist ein kleiner Schritt vorwärts.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, die Motion abzulehnen, obwohl er die Begründungen der Motionärin nachvollziehen kann. Es stimmt, dass die Gemeinde mit dem Energiestadtlabel ein wichtiger Schritt in eine solche Richtung gemacht hat und das auch weiterverfolgen sollte. Der Grund, warum man das ablehnen sollte, ist einfach der, dass man die Massnahme als zu einschränkend betrachtet. Auch wenn das rechtlich absolut durchsetzbar ist, belastet ein Grundbucheintrag massiv die Grundstücke der Einwohnergemeinde und das erschwert auf die andere Seite Verhandlungen beim Verkauf eines betroffenen Grundstückes. Auf die andere Seite ist es durchaus auch möglich. Da ist der Gemeinderat auch gewillt, dass man Verhandlungen mit Kaufinteressenten im Einzelfall über solche Sachen diskutiert, dass man darauf achtet, dass Minergiestandard zur Anwendung kommt, ohne aber eine solche Belastung per Grundbucheintrag. Auflagen sind auch möglich bei grösseren Arealen, wo man über die Gestaltungsplanung einwirken kann. Dort wird man dies auch sicher tun. In diesem Sinne bitten wir Sie, die Motion abzulehnen.

Hufschmid Hans, CVP: Die CVP-Fraktion ist geschlossen gegen eine Überweisung der Motion. Wir finden es störend, dass allfällige Käuferinnen und Käufer per Grundbucheintrag zu verpflichten sind, nur Gebäude zu erstellen, die mindestens Minergiestandard aufweisen. Diesen Grundbucheintrag erachten wir als eine Art Bevormundung. Heute wird ohnehin

nach den neusten Erkenntnissen gebaut, sodass sich die Motion erübrigt. Wir bitten Euch, der Überweisung der Motion nicht zuzustimmen.

Lehmann Sandra, Freis Wohle: Auch die Fraktion EVP/Freis Wohle lehnt die Motion einstimmig ab. Die Richtung ist zwar die richtige, aber das Mittel des Eintrages im Grundbuch erachten wir als falsch. Man sollte andere Anreize setzen, wie es Urs Kuhn bereits erwähnt hat, um die Leute zu überzeugen, dass Bauen im Minergiestandard richtig ist.

Tanner Peter, SVP: Die SVP-Fraktion lehnt die vorliegende Motion ab.

Die Gemeinde selber als Bauherrin und Eigentümerin von Gebäuden ist dermassen im Rückstand, was den sparsamen Umgang mit Energie betrifft, dass sie hinsichtlich der Gebäudequalität nicht Bedingungen stellen kann und soll.

Wenn die Motionärin schreibt, dass ein neues Gebäude mindestens 40 Jahre so bleibt, mag das für die Gemeinde Wohlen zutreffen, nicht aber unbedingt für private Besitzer. Das Friedhofsgebäude zum Beispiel soll für gegen 5 Mio. saniert und erweitert werden. Die grosse Kälte im Innern und damit verbunden eine Verschwendung von Energie hätte aber schon vor mehr als zehn Jahren mit einer nicht teuren Wärmedämmung behoben werden müssen.

Wenn die Gemeinde auf die bautechnische Entwicklung Einfluss nehmen will, dann soll dies über die Bau- und Nutzungsordnung geschehen. Ich erinnere an die Debatte über die neue BNO hier im Einwohnerrat im Jahr 2006. Es ist die SVP gewesen, die weitergehende Anträge in Sachen Minergie bzw. Zuschlag zur Ausnutzungsziffer gestellt hat. Die Grünen sind damals nicht als besonders aktiv aufgefallen. Und die SP hat zu unseren Vorschlägen gemeint: „Nein, wir unterstützen das nicht, man solle auf den Bund warten“.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, die SVP bittet Euch, die vorliegende Motion abzulehnen. Sie ist völlig systemfremd.

Manimanakis Corinne, SP: Wir werden die Motion unterstützen, auch wenn ein Grundbucheintrag eine Verpflichtung ist. Nur so kann man wirklich sicher sein, dass auch so gebaut wird und es nicht so geht wie beim Lidl, dass zuerst etwas versprochen und dann trotzdem nicht eingehalten wird. Wir sind der Meinung, dass wir das unserem Label als Energiestadt schuldig sind.

Stäger Urs, SVP: Eine ganz schnelle, effiziente Energisparung – schaltet den Beamer aus!

Suter Stefan, SP: Nun haben wir ein ungekehrtes Spiel. Vorher haben wir der Wirtschaft, böse gesagt, den Freipass gegeben, zu Gunsten der Wirtschaft mehr machen zu dürfen. Jetzt will man etwas machen. Es kostet plötzlich am eigenen Sack und es beginnt zu beißen. Eigentlich haben alle gesagt, es sollten Minergiehäuser gebaut werden. Wird auch nicht gemacht. Deshalb: Es sind immer zwei Seiten des Schwertes. Es war beim Rauchen dasselbe. Man hätte es der Vernunft zuschreiben können. Ein Mensch ist vernünftig, die Masse ist „idiotisch“. Alle haben geflucht. Trotzdem sind heute viele Raucher überzeugt, es sei nicht schlecht, einmal das Restaurant zu verlassen, ohne nach Rauch zu riechen.

Kohli Benno, FDP: Als militanter Raucher möchte ich auch noch kurz meine Sache sagen. Ihr werdet erstaunt sein, ich stimme dem Antrag der Grünen aus einfachen Überlegungen zu. In dem Augenblick, wo die Gemeinde an Private Land verkauft, betreibt sie Bodenpolitik und muss ihre Grundsätze hoch halten. Die Gemeinde Wohlen hat als Leitsatz, dass wir Energie sparen möchten. Aus diesem Grunde haben wir das teure Energiestadtlabel in der Goldformation. Wenn wir das haben wollen, müssen wir auch konsequent sein und achten, dass das Land, das wir schlussendlich verkaufen, auch energiesparend bebaut wird. Tatsächlich sind

unsere Gebäude zu alt, das sind wir uns auch bewusst und müssen uns deshalb auch dementsprechend weiterentwickeln. Das Label „Minergie“ ist auch nicht immer nur toll, ich spreche aus eigener Erfahrung. Ich muss aber sagen, wenn die Gemeinde baut oder an einen Privaten Land verkauft, muss sie ihre Grundsätze durchziehen. Deshalb unterstütze ich das. Ich möchte nicht, dass dasselbe wie beim Lidl passiert, wo wir Land verkauft haben und schlussendlich eine traurige Blechhütte draufsteht.

Anna Keller, Grüne: Aufgrund der verschiedenen Voten, ziehen wir die Motion zurück. Wir möchten uns über das Thema „Grundbucheintrag“ nochmals Gedanken machen und das vielleicht in einer anderen Form nochmals bringen.

Die Motion 12007 Minergiegebäude auf Gemeindeland wird zurückgezogen.

Motion 12009 für ein Jubiläumsfest „100 Jahre Zusammenschluss Wohlen und Anglikon“

Gallati Jean-Pierre, SVP: Benno Kohli und ich sind völlig unvorbereitet, weil wir damit gerechnet haben, der Gemeinderat nehme das selbstverständliche Anliegen entgegen. Vorher war zweimal die Rede eines Irrenhauses, das erste Mal brauchte ich den Begriff, das zweite Mal der Präsident. Wenn diese Motion nicht entgegengenommen wird, sei es vom Gemeinderat oder vom Einwohnerrat, stelle ich wirklich nochmals die Frage, ob wir in einem Irrenhaus sind. Bei den anderen 228 Gemeinden des Kantons waren es etwa 70, die auch Zusammenschlüsse zu feiern hatten oder noch zu feiern haben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, dass man dies tut. Die Begründung liegt schriftlich auf dem Tisch, dem gibt es nichts beizufügen. Wenn man die Motion ablehnen würde, müsste ich Thomas Geissmann recht geben, der zu Beginn der Sitzung vom Dorfteil Wohlen gesprochen hat. Ob bewusst oder unbewusst, es würde sich aufdrängen, dass man die Fusion rückgängig macht oder sagt, Anglikon sei die Hauptstadt von Wohlen und Wohlen sei ein Wiler oder Vorort. Es gibt keinen Grund dagegen zu sein. Höchstens einen: Benno Kohli hat unterschrieben. Oder der zweite Grund: Gallati hat unterschrieben. Falls das der Grund sein sollte, dass dies nicht angenommen wird, würden wir die Motion sofort unter anderen Namen, Ihr könnt Euch zur Verfügung stellen, neu einreichen.

Donat Ruedi, Gemeinderat: Gerade eben hatte ich das Gefühl, in einem Irrenhaus zu sein. Der Gemeinderat will die Motion nicht übernehmen. Nicht weil wir kein Fest wollen. Der Gemeinderat ist einheitlich der Meinung, dass der Zusammenschluss gefeiert werden muss, jedoch der Gemeinderat als Organisator nicht in Frage kommt. Er ist aber gewillt, die Organisatoren materiell und finanziell zu unterstützen. Im Weiteren möchte ich erwähnen, dass bereits Gespräche bezüglich Organisation dieses Zusammenschluss-Festes stattgefunden haben. Dazu mein Aufruf an alle Anwesenden, insbesondere an die Motionäre: Es werden noch Leute für das OK gesucht. Der Gemeinderat bittet Euch, die Überweisung der Motion abzulehnen.

Stäger Urs, SVP: Wohlens Feste sind berühmt und qualitativ immer gut. Ich meine, das ist die Gelegenheit zu zeigen, dass wenn es um eine gute Sache geht, man das gemeinsam durchziehen soll und kann. Ich bin sicher, dass wenn der Gemeinderat die beiden Motionäre um Mitarbeit bittet, sie auch zusagen. Feste die gut organisiert sind, werfen Gewinn ab, zumindest ein Mitglied des Gemeinderates kann dies bestätigen. Und bitte vergesst nicht die Verlängerung einzugeben.

Manimanakis Corinne: Wir sind gleicher Meinung wie die zwei Motionäre. Ich finde Anglikon gehört zu Wohlen und dann darf der Gemeinderat das auch in die Hand nehmen. Ein Jubiläumsfest soll gefeiert werden. Der Gemeinderat könnte ein OK gründen und dies auch weitergeben. Uns stört der Satz an der Motion, dass die Kosten für das Jubiläumsfest möglichst tief gehalten werden sollen. Es ist für uns zu schwammig, dass nicht gleich ein Betrag eingesetzt wird und der Gemeinderat gleich weiss, um wieviel es sich handelt, wie gross das Fest sein kann, oder ob es eher im kleinen Rahmen sein soll. Wenn der Gemeinderat weiss, wie viel Geld er zur Verfügung hat, unterstützen wir die Motion.

Bächer Evi, CVP: Die CVP-Fraktion ist grossmehrheitlich gegen die Überweisung der Motion. Wir sind der Meinung, dass dies der falsche Weg ist, ein Fest auf die Beine zu stellen. Die Idee, Organisation und Durchführung eines Jubiläumsfestes sollte unserer Meinung nach auf einer anderen Basis, mit Hilfe der Gemeinde, wachsen.

Wir würden natürlich Aktivitäten rund um das Jubiläum begrüßen und hoffen, dass wir in zwei Jahren den Zusammenschluss Wohlen mit Anglikon gebührend feiern können.

Brunner Edi, SVP: Wie Sie gehört haben, unterstützt die SVP-Fraktion die Motion natürlich einstimmig. Vorhin wurde wegen den Kosten gesprochen. Ich könnte Euch für ein solches Jubiläumsfest folgende Synergien vorschlagen. Gemäss Absprache zwischen Stefan Suter von den Sozialdemokraten, seines Zeichens Atemschutzchef der Feuerwehr, und mir als OK-Präsident des Handdruckspritzenfestes. Wir zwei haben bereits ein Fest im Jahre 2012 organisiert. Das sieht folgendermassen aus: Am letzten August-Wochenende 2012 findet der Atemschutzwettkampf in Wohlen statt. Am ersten Septemberwochenende 2012 findet der internationale Handdruckspritzenwettbewerb hier in Wohlen statt. Für diese Anlässe wird das Areal hinter dem Chappelehof benutzt. Wie an einem Fest üblich, werden Festzelt, Toiletten, etc. aufgestellt. Unser Vorschlag wäre nun, ein Jubiläumsfest zu organisieren unmittelbar vor oder nach den zwei erwähnten Anlässen. So müsste man die Aufbauarbeiten wie auch die Abbauarbeiten nur einmal machen und sie hätten die Möglichkeit, so aktiv Kosten zu sparen, indem sie das Zelt ebenfalls benützen. Unterstützen Sie bitte die Motion und lassen Sie uns gemeinsam drei schöne Feste feiern im Jahre 2012.

Bertschi Bruno, SVP: Ich wollte dem Gemeinderat Ruedi Donat nur noch kurz sagen, dass die Meinung der beiden Motionäre niemals war, dass der Gemeinderat dies organisieren müsste. Wir wollen ja ein erfolgreiches Fest.

Schmid Tomi, Freis Wohle: Für mich hat Ruedi Donat die Motion angenommen und das ist für mich erledigt, wir müssen gar nicht mehr abstimmen. Der Gemeinderat wurde aktiv, er will ein Fest machen.

Kohli Benno, FDP: Ich finde es interessant, dass ihr zurück an die 800 Jahr-Feier denkt. Das war auch kein Fest, dass irgendein Spritzenverein organisiert hat. Es geht um einen politischen Zusammenschluss zwischen zwei Gemeinden. Selbstverständlich ist das toll, wenn die Feuerwehr und wer auch immer mitmacht oder schlussendlich durchzieht, aber ich bin schon erstaunt, dass der Gemeinderat den Zusammenschluss nicht in dieser Art feiern und die Motion ablehnen möchte. Die 800 Jahr-Feier war ein würdiger Rahmen und es braucht auch hier einen würdigen Rahmen. Nicht zuletzt wäre es auch interessant, wenn ein Teil dieses Festes auf Angliker Boden stattfinden würde.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Selbst die Waltenschwiler, sind 1978 nach Wohlen gekommen und haben die 800 Jahr-Feier bis heute in sehr guter Erinnerung. Das war ein grossartiges Fest. Ich war da erst 12 Jahre alt und Benno Kohli etwa 6jährig, er weiss es aber auch noch. Die Antwort an die SP-Fraktion. Es ist eine berechtigte Frage betreffend der Kosten. Dass wir versuchen, dass diese möglichst gering sind und die Idee der Sponsoren bringen, ist nachvollziehbar. Du fragst, wieviel wir uns vorstellen könnten. Ich könnte mir vorstellen im Bereich von circa CHF 50'000.00. Aber wenn der Gemeinderat einen schlaun Bericht entwickelt und ein Konzept steht mit CHF 70'000.00, sagen wir auch nicht nein. Ich kann nicht auf den Rappen genau eine Zahl sagen, nur eine Idee.

Donat Ruedi, CVP: Wir lehnen das ab, weil wir nicht auf Sponsorensuche wollen. Es haben bereits Gespräche stattgefunden für die Organisation eines Festes. Ich kann diese Leute, die sich hier bereit erklärt haben, um bei der Organisation mitzuhelfen, gerne zusammenführen, damit ein Fest zustandekommt. Wie ich eingangs erklärt habe, unterstützen wir ein Fest wo nur möglich.

Abstimmung

Die Motion

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Einwohnerrat Bericht und Antrag für das Jubiläum «100 Jahre Zusammenschluss Wohlen und Anglikon » zu unterbreiten.

wird mit 23 Ja-Stimmen zu 10 Nein-Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen.

Arsène Perroud, Präsident: Somit sind wir am Schluss der heutigen Sitzung angelangt. Ich danke euch für die gute und engagierte Mitarbeit.

An dieser Stelle möchte ich auf das 2. Freiämter Bildhauer-Symposium hinweisen. Die Veranstaltung bei der Waldhütte Chüestellihau ist einen Besuch wert. Es werden die Skulpturen für den Freiämter Sagenweg, der ja leider nicht in Wohlen sondern in Waltenschwil umgesetzt werden kann, vor Ort gestaltet.

Die nächste Einwohnerratssitzung findet am 21. Juni 2010 nach dem WM-Fussballspiel Schweiz gegen Chile statt. Wir hoffen, dass trotzdem die meisten von Euch Einwohnerräten anwesend sein werden, mindestens 21. Bis dahin wünsche ich Euch alles Gute.

Der Präsident schliesst die Sitzung.

Für das Protokoll



Arsène Perroud, Präsident



Orlando Saxer, Gemeindeschreiber-Stv.